

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVI. Jahrgang, Nr. 3

März 1953

## Inhalt

### Die Konjunkturlage im Frühjahr 1953

**Allgemeine Tendenz:** Stabile Produktion bei leicht sinkenden Preisen — Rasche Abnahme der Arbeitslosigkeit — Wachsende Exportschwierigkeiten

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr; Der EUROP-Güterwagenpool; Die Verwendung von ERP-Mitteln für den Fremdenverkehr — Außenhandel; Der Außenhandel nach Handelsländern und nach Erzeugungs- und Verbrauchsländern*

**Statistische Übersichten:** Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

## Die Konjunkturlage im Frühjahr 1953

**Allgemeine Tendenz:** Stabile Produktion bei leicht sinkenden Preisen — Rasche Abnahme der Arbeitslosigkeit — Wachsende Exportschwierigkeiten

In der *Weltwirtschaft* halten sich gegenwärtig expansive und restriktive Kräfte annähernd die Waage. Die hauptsächlich durch Abbau überhöhter Lager und Zurückhaltung der Konsumenten verursachte Konjunkturabschwächung hörte bereits Mitte 1952 großteils auf. Im 2. Halbjahr 1952 ging von den internationalen Konsumgütermärkten eine neue Belebung aus, die in den meisten Ländern bis Frühjahr 1953 anhielt. Auf den Investitionsgütermärkten dagegen zeichnen sich seit Herbst 1952 vielfache Schwächetendenzen ab. Die Bestellungen gehen zurück; meist verhindern nur relativ hohe Auftragsbestände von früher ein Sinken der Produktion. Trotz anhaltend hohen Rüstungsausgaben herrscht über die weitere Konjunkturentwicklung ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit, das sich in vorsichtigen Entschlüssen der Unternehmer, stark schwankenden Aktienkursen und anhaltend sinkender Preistendenz auf den internationalen Rohwarenmärkten äußert.

Diese Grundtendenz der Weltwirtschaft ist allerdings in einzelnen Ländern verschieden stark ausgeprägt. Während in den USA und teilweise auch in Westdeutschland der von den Konsumgütermärkten ausgehende Auftrieb die gesamte Wirtschaft belebt, konnte die Konjunktur in den meisten anderen europäischen Ländern nur auf dem im Sommer und Herbst erreichten unbefriedigenden Produktions- und Beschäftigungsniveau stabilisiert werden. Die Wirtschaftspolitik der meisten Länder sucht daher nach

Mitteln und Wegen, eine neue Expansion der Wirtschaft einzuleiten. In Belgien und Deutschland wurden durch Senkung der Bankrate die Kreditbedingungen erleichtert. Die schwedische Regierung beauftragte eine staatliche Kommission, Maßnahmen vorzuschlagen, die Absatz, Produktion und Beschäftigung stimulieren könnten. In Frankreich, das selbst an der Belebung der internationalen Konsumgütermärkte kaum profitiert hatte, ist die „Wiederankurbelung der Wirtschaft“ einer der wichtigsten wirtschaftspolitischen Programmpunkte. Den Bemühungen, das Beschäftigungsproblem auf nationaler Basis zu lösen, sind allerdings in vielen Staaten durch die angespannte Zahlungsbilanz enge Grenzen gesetzt.

Die konjunkturelle Entwicklung der *österreichischen Wirtschaft* wurde im Winter 1952/53 durch eine zeitlich vorverlegte und vielfach verstärkte Saisonbewegung, insbesondere im Baugewerbe, überlagert. Der frühe Einbruch kalten Winterwetters sowie die durch Geldknappheit verschärfte Tendenz der Betriebe, vorübergehend nicht benötigte Arbeitskräfte zu entlassen, ließen trotz relativ günstiger Exportkonjunktur die Arbeitslosigkeit Ende 1952 übersaisonmäßig steigen. Von Ende September 1952 bis Ende Jänner 1953 wurden 169.000 Arbeitskräfte entlassen, gegen nur 129.000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

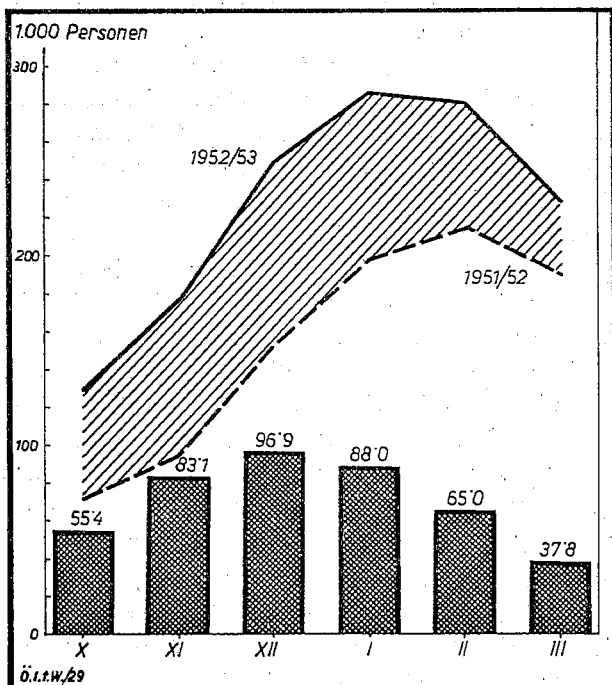
Die hohe Winterspitze der Arbeitslosigkeit — Ende Jänner waren 285.300 Stellensuchende vorge-

merkt — wurde jedoch zu Frühjahrsbeginn rasch wieder abgebaut. Dank günstigen Witterungsbedingungen und forciertem Einsatz öffentlicher Mittel sank die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden, die saisonüblich bis Ende Februar steigt, heuer bereits im Februar um 5.200 und im März um weitere 52.100. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im März war heuer nicht nur mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahre, sondern übertraf auch die Abnahme von März 1951 beträchtlich. Ende März 1953 gab es um 37.800 mehr vorgemerkte Stellensuchende und um 44.000 weniger Beschäftigte als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Ende Jänner 1953 waren es noch 88.000 und 102.800. Allerdings war die Arbeitslosigkeit bereits im März 1952 relativ hoch, weil die Bausaison verspätet angelaufen war und der Absatz auf den Konsumgütermärkten gestockt hatte.

Sieht man von dieser Verschiebung im Saisonrhythmus ab, so hält sich die Konjunktur in Österreich ebenso wie in den meisten westeuropäischen Ländern

#### Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Winter 1951/52 und 1952/53

(Normaler Maßstab; vorgemerkte Stellensuchende in 1.000)



Die Arbeitslosigkeit ist Ende 1952 rascher und stärker gestiegen als saisonüblich. Ende Jänner 1953 waren 285.300 Stellensuchende vorgemerkt, um 88.000 mehr als Ende Jänner 1952. Die hohe Winterspitze der Arbeitslosigkeit wurde jedoch zu Frühjahrsbeginn rasch wieder abgebaut. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden, die gewöhnlich bis Ende Februar steigt, sank heuer bereits im Februar um 5.200 und im März um weitere 52.100. Ende März gab es nur noch um 37.800 Arbeitslose mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

auf dem durch Rückschläge im 1. Halbjahr 1952 gedrückten Niveau vom Herbst 1952. Wohl haben im Winterhalbjahr 1952/53 die geringere Investitionstätigkeit und der Abbau der Lager weiterhin konjunkturdämpfend gewirkt. Diese restriktiven Einflüsse wurden jedoch größtenteils durch die bis Ende 1952 anhaltenden Überschüsse in der laufenden Zahlungsbilanz sowie durch eine Belebung des privaten Verbrauches kompensiert.

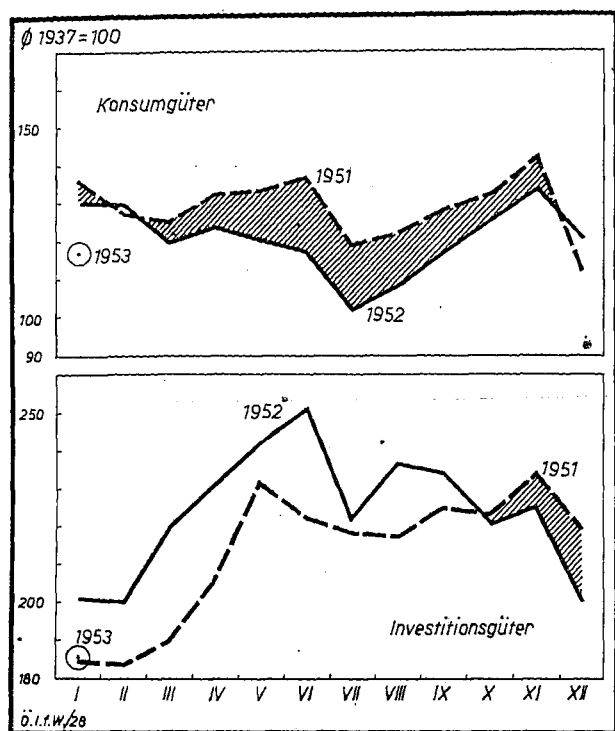
Diese einander entgegenwirkenden konjunkturbestimmenden Kräfte scheinen gegenwärtig an Wirksamkeit zu verlieren. Die laufende Zahlungsbilanz ist seit Anfang 1953 annähernd ausgeglichen, der private Verbrauch entwickelt sich saisongemäß. Andererseits sind die Lager stark vermindert. Auch die heimische Investitionstätigkeit dürfte sich nicht zuletzt dank verschiedenen konjunkturbelebenden Maßnahmen auf einem gegenüber 1952 nur wenig niedrigeren Niveau stabilisieren. Unter diesen Umständen besteht begründete Hoffnung, daß sich die österreichische Wirtschaft im Frühjahr annähernd saisongemäß beleben wird. Dagegen bestehen zunächst nur wenig Anzeichen dafür, daß ein neuer konjunktureller Aufschwung Produktion und Beschäftigung wieder an den bisherigen Höhepunkt vom Herbst 1951 heranführen würde.

#### Saisonmäßige Entwicklung des privaten Konsums

Die Umsätze im Einzelhandel gingen im Jänner und Februar wohl saisonbedingt um 53% und 1% zurück, waren aber mengenmäßig um 7% und 3% höher als in den gleichen Monaten 1952. Dieses relativ günstige Ergebnis ist nicht zuletzt den Bemühungen des Handels zu verdanken, durch Ausdehnung der Ratengeschäfte, umfangreiche Saisonräumungsverkäufe sowie durch offene oder versteckte Preisnachlässe den Konsum anzuregen.

Der Geschäftsgang war allerdings nicht in allen Branchen gleich befriedigend. Stärker über dem Vorjahresniveau lagen die Mengenumsätze im allgemeinen nur in Zweigen, die Anfang 1952 besonders unter Absatzschwierigkeiten gelitten hatten, wie das z. B. im Textil- und Schuhhandel der Fall war. Der Absatz von Möbeln und Hausrat sowie von Uhren und Juwelen war dagegen übersaisonmäßig schwach. Auch im März scheinen die Gesamtumsätze nach dem Lagebericht der Wiener Handelskammer nicht die Erwartungen der Geschäftswelt erfüllt zu haben. Von Sonderentwicklungen einzelner Branchen und zufälligen, meist witterungsbedingten monatlichen Schwankungen abgesehen, dürften sich jedoch die Umsätze im Frühjahr 1953 saisongemäß entwickeln.

**Entwicklung der Industrieproduktion**  
(Normaler Maßstab; Ø 1937 = 100)



Die Industrieproduktion zeigte im Jahre 1952 entgegengesetzte Entwicklungstendenzen. Während die Konsumgütererzeugung bereits im 1. Halbjahr 1952 einen stärkeren Rückschlag erlitt, von dem sie sich im 2. Halbjahr nur langsam erholte, produzierten die Investitionsgüterindustrien im 1. Halbjahr 1952 im allgemeinen noch erheblich mehr als im 1. Halbjahr 1951. Seit Mitte 1952 zeigt jedoch auch die Investitionsgütererzeugung eine sinkende Tendenz, die sich gegen Jahresende verstärkte. Im Jänner 1953 wurden um 13,7% weniger Konsumgüter und um 11,2% weniger Investitionsgüter erzeugt als im Jänner 1952.

Der private Verbrauch wird vor allem dadurch gestützt, daß die *Masseneinkommen* leicht zunehmen. Zwar ist der Tariflohnindex des Institutes seit 15 Monaten unverändert geblieben. Die tatsächlichen Verdienste zeigen jedoch eine leicht steigende Tendenz, da die Löhne in einzelnen Bundesländern an das bundeseinheitliche Niveau angeglichen und im Rahmen neuer Kollektivverträge höhere oder neue Zulagen verschiedenster Art vereinbart worden sind. Auch die Angestelltegehälter steigen vielfach im Zuge der „Entnivellierung“, die in manchen Zweigen bereits durchgeführt wurde und in anderen bevorsteht. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Bezüge der Altpensionisten nachgezogen wurden und die Zahl der Rentner ständig zunimmt. Ende 1951 erhielten 654.900 Rentner Unterstützungen von den Sozialversicherungsinstituten, Ende 1952 aber bereits 705.500.

Der aus alledem resultierende Einkommenszuwachs ist zwar im Vergleich zum Gesamteinkommen der Unselbständigen nur gering, fördert aber sicher-

lich den privaten Konsum, zumal da sich die laufende Spartätigkeit auf dem Niveau des Vorjahres eingespielt zu haben scheint. Der Zuwachs an *Spareinlagen* bei den Kreditinstituten war im Februar 1953 mit 152 Mill. S ebenso hoch wie im Februar 1952 und dürfte sich — nach den bisher vorliegenden Teilmeldungen — auch im März auf der Höhe des Vorjahres gehalten haben.

Unter diesen Umständen wird sich der Rückschlag in den *Konsumgüterindustrien* vom Frühjahr und Sommer 1952 kaum wiederholen. Gewiß disponiert der Handel weiter vorsichtig und versucht, seine Lager so niedrig wie möglich zu halten. Da jedoch die Konsumgüterproduktion bereits im Laufe des Jahres 1952, einem relativ niedrigen Verbrauch angepaßt wurde, ist im allgemeinen mit einer annähernd saisonmäßigen Belegung der Konsumgüterindustrien im Frühjahr und teilweise sogar, wie etwa in der Schuhindustrie, mit einer leichten konjunkturellen Erholung zu rechnen. (Der Produktionsrückschlag im 1. Halbjahr 1952 war vor allem deshalb so stark, weil die Konsumgüterindustrien im Herbst 1951 vielfach über den laufenden Bedarf hinaus auf Vorrat produziert hatten.)

**Labile Investitionsgüterkonjunktur**

Die öffentlichen Investitionen dürften im Jahre 1953 etwa die gleiche Höhe erreichen wie im Jahre 1952. Wohl wird der Bund aus eigenen Mitteln im Jahre 1953 weniger investieren können, weil die Ausgabensumme des Nachtragsbudgets 1952, das auch für das Jahr 1953 gelten wird, angesichts nicht unbeträchtlicher Mehrausgaben für Pensionen, Arbeitslosenunterstützungen und andere gesetzliche Verpflichtungen nur dann eingehalten werden kann, wenn die vorwiegend Investitionen dienenden Ermessenskredite gekürzt werden. Auch die für Investitionen verfügbaren Gegenwertmittel der Auslandshilfe werden geringer. Im Jahre 1952 wurden aus dem Counterpartkonto 2.014 Mill. S für Investitionen freigegeben; für das Jahr 1953 wird aber nur mit einer Gesamtfreigabe (einschließlich der Wiederverwendung von Zinsen und Rückflüssen von früher gewährten Aufbaukrediten) von 1.500 Mill. S gerechnet.

Der Ausfall an Bundes- und Counterpartmitteln wird jedoch voraussichtlich durch den schweizerischen Auslandskredit an die Post sowie durch die Energieanleihe wettgemacht werden können. Da weiters die Länder und Gemeinden im allgemeinen in ihren Budgets unverändert hohe Investitionen vorsehen und auch die Fonds (Wohnhauswiederaufbaufonds, Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds, landwirtschaftlicher

Wiederaufbaufonds) in bisheriger Höhe dotiert werden, dürfte insgesamt aus öffentlichen Mitteln etwa das gleiche Investitionsvolumen finanziert werden wie im Vorjahre.

Eine Voraussage über die selbst in normalen Zeiten oft kurzfristig stark schwankende *private* Investitionstätigkeit ist gegenwärtig besonders schwierig, weil sich kaum beurteilen läßt, wie sich die Wirtschaft an die seit der Stabilisierung völlig veränderten Investitionsbedingungen anpassen wird. Solange die inflationistische Entwicklung anhielt, haben hohe Gewinne, ein elastisches Kreditangebot, scheinbar unbegrenzte Absatzmöglichkeiten für viele Produkte und der erst teilweise vollendete Wiederaufbau der zerstörten Produktionsanlagen hohe private Investitionen angeregt, die ihrerseits den inflationistischen Auftrieb förderten. Seit der Währungsstabilisierung hat die Vorliebe für Barreserven zugenommen und die Neigung zu Investitionen wenigstens vorübergehend abgenommen. Die Finanzierungsmöglichkeiten haben sich verringert, weil die Gewinne zurückgegangen sind und Kredite nur schwer oder zu ungünstigen Bedingungen erhältlich sind. Gleichzeitig beeinträchtigen Absatzschwierigkeiten, die vielfach sinkende Tendenz der Preise sowie der Umstand, daß der Wiederaufbau in vielen Zweigen abgeschlossen ist, die Bereitschaft der Unternehmungen, risikoreiche Investitionen zu wagen.

Solange noch alte Investitionsprojekte liefen, bereits vor der Stabilisierung bezahlte Investitionsgüter eintrafen und der Rückschlag in einzelnen Zweigen nur als vorübergehend gewertet wurde, blieb die private Investitionstätigkeit trotz ungünstigen Bedingungen noch sehr rege. Schon im 2. Halbjahr 1952 war jedoch eine Abschwächung der Investitionsneigung unverkennbar. Die Produktion der heimischen Investitionsgüterindustrien, vor allem die Inlandsversorgung mit Maschinen zeigt seit Mitte 1952 eine leicht sinkende Tendenz und lag im Winter 1952/53 erstmalig unter dem Vorjahresstand.

Für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in den nächsten Monaten ist es daher von entscheidender Bedeutung, ob sich dieser Rückschlag fortsetzen wird, oder ob die gegenwärtigen Preis-Kosten-Relationen und die Zukunftserwartungen der Unternehmer noch genügend Anreiz für eine relativ hohe private Investitionstätigkeit bieten. Bedenkt man, daß seit dem Abklingen der Korea-Debatte in der gesamten Weltwirtschaft wohl Rückschläge von begrenzter Dauer, aber nirgends eine kumulative Schrumpfung des Wirtschaftsvolumens zu beobachten war, weiters, daß sich die Stagnation der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1952 vorwiegend als „normale“ Anpassungsschwierigkeiten beim Übergang von

einer inflationistischen Entwicklung zu stabilen Währungsverhältnissen erklären läßt, die sich von einem progressiven Deflationsprozeß unterscheiden, so besteht begründete Hoffnung, daß sich die heimische Investitionstätigkeit auf einem etwas niedrigeren Niveau als bisher stabilisiert. Die Wirtschaftspolitik wird jedoch die Entwicklung der Investitionstätigkeit sorgfältig beobachten müssen, um einem allfälligen weiteren Rückschlag rechtzeitig begegnen zu können.

### Konjunkturbelebende wirtschaftspolitische Maßnahmen

Die Erwartung einer zumindest saisonmäßigen Belebung der Wirtschaft im Frühjahr stützt sich aber auch darauf, daß die Wirtschaftspolitik in jüngster Zeit ihren antiinflationistischen Kurs gelockert und eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet oder vorbereitet hat, die direkt oder indirekt die kaufkräftige Gesamtnachfrage nach Gütern und Leistungen ausweiten.

Hierzu zählt vor allem die zweimalige *Senkung der Bankrate* im I. Quartal 1953. Dadurch wurden die Rediskontkosten der Kreditinstitute um 1% und die Kreditkosten der Wirtschaft um 1 bis 1½% ermäßigt. Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Kreditverbilligungen sind vermutlich nur gering. Die Wirtschaft wird kaum mehr Kredite nachfragen, weil Bankkredite statt 11,5% nur 10% Zinsen und Spesen kosten. Die Währungsbehörden haben jedoch mit der Senkung der Bankrate auf den Stand vom 1. Halbjahr 1952 zu verstehen gegeben, daß sie eine Lockerung der rigorosen Kreditpolitik vom 2. Halbjahr 1952 währungspolitisch für unbedenklich und konjunkturpolitisch für wünschenswert halten.

Diese kreditpolitische Deklaration der Währungsbehörden wird es vor allem den Kreditinstituten erleichtern, ihre überschüssigen Liquiditätsreserven ertragbringend zu verwerten. Das Volumen der Kommerzkredite, das im 2. Halbjahr 1952 um 819 Mill. S zurückgegangen war, nahm im Jänner 1953 um 12 Mill. S und im Februar um 300 Mill. S zu. Im März dürfte es weiter gestiegen sein. Wenngleich die Kreditausweitung im I. Quartal 1953 teilweise durch Sondereinflüsse, wie den vorübergehenden Einzahlungsüberschuß auf dem Counterpartkonto und den stoßweisen Finanzierungsbedarf für größere Einfuhren verursacht worden sein dürfte, so ist doch zumindest die rückläufige Tendenz des Kreditvolumens zum Stillstand gekommen. Die Berichte einzelner Kreditinstitute lassen erkennen, daß nicht nur ihre Bereitschaft, Kredite zu gewähren, sondern auch die Nachfrage der Wirtschaft nach Krediten wieder etwas zugenommen hat.

Konjunkturbelebend wirkt weiters der *schweizerische Kredit* an die Post in Höhe von 36 Mill. sfr. Die expansive Wirkung dieses Auslandskredites besteht einmal darin, daß die Post zusätzliche Mittel erhält, die sie — da die Aufträge hauptsächlich an inländische Firmen vergeben werden — vorwiegend dem heimischen Einkommenskreislauf zuführt. Zum anderen wird durch die Ablieferung der Devisen an die Notenbank zusätzliches Notenbankgeld geschaffen. Dadurch wird die Liquidität der Kreditinstitute erhöht und ihre Basis für zusätzliche Kommerzkredite verbreitert. Einige weitere aussichtsreiche Projekte über Auslandsanleihen könnten unter günstigen wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen noch in diesem Jahre realisiert werden.

Schließlich wird die geplante *Inlandsanleihe* zur Stützung der heimischen Konjunktur beitragen. Gewiß lassen sich die Bemühungen um den Wiederaufbau eines heimischen Kapitalmarktes nicht oder zumindest nicht ausschließlich von konjunkturpolitischen Erwägungen leiten. Die geplanten Maßnahmen zur Förderung des Kapitalmarktes zielen in erster Linie darauf ab, das bisher im Wege der Auslandshilfe der österreichischen Wirtschaft zur Verfügung gestellte Kapital durch heimische Ersparnisse zu ersetzen und sie über den Kapitalmarkt der Investitionsfinanzierung dienstbar zu machen.

Sicherlich wird auch die geplante *Energieanleihe*, die durch weitreichende steuerliche Begünstigungen und Amnestiebestimmungen besonders attraktiv ausgestattet werden soll, nur teilweise expansiv wirken. Soweit die Zeichner der Anleihe zusätzlich sparen, läuft die Anleiheoperation nur auf eine Umlenkung der Nachfrageströme von Konsumgütern auf Investitionsgüter hinaus, ohne daß die Gesamtnachfrage nach Gütern und Leistungen erhöht wird. Soweit Unternehmer *Energieanleihe* aus Mitteln der Investitionsrücklage zeichnen, wird das Investitionsvolumen nur zugunsten öffentlicher Investitionen umgeschichtet. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen dürfte jedoch zumindest ein Teil der Anleihe aus überschüssigen Liquiditätsreserven der Kreditinstitute und Selbständigen finanziert werden und daher die kaufkräftige Nachfrage stärken.

Diese auf Belebung der Binnenkonjunktur abzielenden Maßnahmen werden freilich Produktion und Beschäftigung nur unter der Voraussetzung steigern, daß der *Export* zumindest auf der bisherigen Höhe gehalten werden kann. Gegenwärtig sind die Aussichten im Export keineswegs günstig. Das Ausfuhrvolumen ist von 134 (1937 = 100) im IV. Quartal 1952 auf 124 und 115 im Jänner und

Februar 1953 zurückgegangen; der Ausfuhrwert war mit 817 Mill. S und 812 Mill. S sogar niedriger als Anfang 1952.

Gewiß lassen die unbefriedigenden Ergebnisse der beiden ersten Monate 1953 noch keine Schlüsse auf die längerfristige Tendenz der Ausfuhr zu. Andererseits darf man jedoch nicht übersehen, daß es für den österreichischen Exporteur aus verschiedenen Gründen immer schwieriger wird, seine bisherige Stellung auf den Auslandsmärkten zu behaupten und in neue Märkte einzudringen. Die exportfördernde Wirkung der Kopplungsgeschäfte ist großteils erschöpft, weil es nur wenige Einfuhrwaren gibt, die noch ein hohes Agio vertragen. Gleichzeitig wird die Konkurrenz auf den internationalen Märkten schärfer. Um im internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können, versuchen die meisten Länder durch billige Exportkredite, Exportgarantien, Steuer-rückvergütungen, Hartwährungsprämien und andere Formen des Dumpings ihren Export zu fördern. Besonders gefährdet ist der österreichische Eisen- und Stahlexport, auf den im Jahre 1952 18% der gesamten Ausfuhr entfielen. Österreich kann als Außenseiter der Montan-Union auf dem westeuropäischen Markt auf die Dauer kaum mit den Mitgliederstaaten konkurrieren; die Gewinnung neuer Märkte in Übersee wird jedoch immer schwieriger, da der Stahlüberschuß auf den Weltmärkten wächst. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß der Export im 2. Halbjahr 1952 durch Absatzstockungen im Inlande besonders gefördert wurde. Um die verfügbaren Kapazitäten auszunutzen, bemühten sich viele Betriebe stärker um das Exportgeschäft. Der starke Rückgang der Exportpreise — der Ausfuhrpreisindex ging vom II. Quartal 1952 bis Anfang 1953 um 26% zurück — läßt jedoch vermuten, daß der Export gegenwärtig so wenig rentabel ist, daß viele Betriebe das Exportgeschäft wieder vernachlässigen werden, sobald ihnen eine Belebung des Binnenmarktes die Möglichkeit bietet, mehr im Inland abzusetzen.

Aus allen diesen Gründen ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß die durch Belebung des Binnenmarktes erzielbare Mehrbeschäftigung durch eine niedrigere Exportbeschäftigung kompensiert wird und früher oder später auch die Expansion auf den Binnenmärkten abgestoppt werden muß, weil die Devisenreserven nicht ausreichen, die durch die Ausweitung der heimischen Kaufkraft bewirkte Importsteigerung zu finanzieren. Eine bewußte Förderung des Exports — wenn notwendig auch durch tieferegreifende wirtschaftspolitische Maßnahmen — ist daher eine unerläßliche Voraussetzung für eine aktive Beschäftigungspolitik.

## Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.7

Die sterreichische Nationalbank hat im I. Quartal 1953 in zwei aufeinanderfolgenden Etappen — am 21. Jänner und am 26. März — die *Bankrate* von 6% auf 5%, den Stand vom 1. Halbjahr 1952, gesenkt. Gleichzeitig haben die Kreditinstitute ihre Zinssätze für Kommerzkredite auf Kosten ihrer Bruttogewinnspannen um 1 bis 1,5% ermäßigt. Die Währungsbehörden haben mit diesen Maßnahmen zu erkennen gegeben, daß sie eine gewisse Lockerung der strengen Kreditpolitik vom 2. Halbjahr 1952 währungspolitisch für unbedenklich und konjunkturpolitisch für wünschenswert halten.

Tatsächlich zeigt das Volumen der *kommerziellen Kredite*, das im 2. Halbjahr 1952 ständig zurückging, seit Anfang 1953 wieder eine leicht steigende Tendenz. Die Kreditausweitung war zwar im Jänner mit 12 Mill. S noch relativ gering, stieg aber im Februar auf 300 Mill. S (einschließlich Vorschüsse auf Aufbaukredite). Die Zunahme im Februar war nicht nur größer als im gleichen Monat 1952 — damals gewährten die Kreditinstitute 136 Mill. S zusätzliche Kredite —, sondern ist auch deshalb besonders bemerkenswert, weil die begünstigten Ernte- und Exportkredite um über 200 Mill. S zurückgingen und auch die Zwischenbankkredite etwas abnahmen. Die Kredite an die übrige Wirtschaft wurden demnach um über 0,5 Mrd. S ausgeweitet. Die Monatsausweise der beiden Großbanken sowie der Umstand, daß die Notenbank 109 Mill. S Besatzungskostenschatzscheine übernehmen mußte, lassen vermuten, daß das kommerzielle Kreditvolumen im März weiter zugenommen hat.

Die Ausweitung der Kommerzkredite war im Februar nicht nur stärker als der sich etwa auf der Vorjahreshöhe haltende Zuwachs an Spareinlagen von 152 Mill. S, sondern übertraf auch den gesamten Einlagenzuwachs der Kreditinstitute von 259 Mill. S. Die fehlenden Mittel haben sie vorwiegend aus ihren Liquiditätsreserven gedeckt. Die freien Giro Guthaben der Kreditinstitute bei der Notenbank gingen im Februar um 69 Mill. S zurück. Bei den dem Bankenabkommen unterliegenden Instituten, deren Liquiditätsstatus regelmäßig veröffentlicht wird, sank die I. Liquidität von 18,3% auf 15,9% und die II. Liquidität von 50,8% auf 50,0%. Beide Liquiditaten waren aber noch höher als die vereinbarten Mindestreserven. Da sich die Kreditausweitung außerdem ausschließlich auf nicht begünstigte Kredite erstreckte, sank der zulässige Spielraum für zusätzliche Kommerzkredite der Banken von 1.405 Mill. S auf 1.103 Mill. S.

Die Ausweitung der Kommerzkredite im I. Quartal 1953 hatte mancherlei Gründe; außer der Bankratenermaigung, der relativ hohen Liquidität der Kreditinstitute sowie Saisoneinflussen spielte die *Counterpartgebarung* eine maßgebliche Rolle. Sie wirkte, wie stets im 1. Halbjahr, auf das Zahlungsmittelvolumen restriktiv. Die Post „zeitlich gesperrte Verbindlichkeiten öffentlicher Stellen“ bei der Notenbank, die in der Hauptsache das Counterpartkonto enthält, erhöhte sich im Februar um 194 Mill. S und im März um 101 Mill. S. Wenngleich dieser Einzahlungsubersch zum Teil dadurch wettgemacht wurde, daß bei den Kreditinstituten mehr Aufbauwechsel eingereicht, als für Industriekredite aus dem Konto freigegeben wurden, so hat doch zweifellos die Counterpartgebarung im Frühjahr 1953 der Wirtschaft größere Umlaufmittel entzogen und dadurch einen zusätzlichen Bedarf an Kommerzkrediten geschaffen. Eine rechtzeitige Freigabe zusätzlicher Counterpartmittel würde nicht nur helfen, das Investitionsprogramm reibungslos abzuwickeln, sondern es auch den Währungsbehörden erleichtern, die Geldversorgung den jeweiligen Zahlungsbedurfnissen entsprechend zu regulieren.

Durch *Devisenkäufe* der Notenbank wurden der Wirtschaft im Februar 182 Mill. S flüssige Mittel zugeführt. Dieser auffallend hohe Zuwachs geht hauptsächlich auf den schweizerischen Kredit an die Post zurück, dessen erste Tranche im Februar überwiesen wurde. Die Zahlungsbilanz in laufender Rechnung dagegen war ausgeglichen; der Zahlungsverkehr mit der EZU schloß sogar mit einem geringfügigen Defizit von 2,1 Mill. Dollar.

Als Ergebnis der expansiven (Kreditausweitung, Devisenkäufe der Notenbank) und restriktiven (Spareinlagenzuwachs, ubersch in der Counterpartgebarung) Faktoren ist das gesamte *Geldvolumen* im Februar um 187 Mill. S gestiegen. Davon entfielen 41 Mill. S auf den Notenumlauf, 32 Mill. S auf freie Giro Guthaben öffentlicher Stellen bei der Notenbank, 106 Mill. S auf Scheckeinlagen und der Rest auf den Teilmunzenumlauf. Für März liegt bisher erst der Notenbankausweis vor; er zeigt eine leichte Abnahme des Notenumlaufes um 48 Mill. S und eine leichte Zunahme der Giro Guthaben öffentlicher Stellen um 51 Mill. S.

Die *Aktienkurse* an der Wiener Börse sind im März wieder um 1% gesunken, nachdem sie sich im Februar vorübergehend leicht erholt hatten. Kursenbuen erlitten vor allem die Aktien der Brau-, Papier-, Textil- und Metallindustrie. Auf dem Anlagenmarkt notierten Bundesschuldverschreibungen und Aufbauanleihe etwas niedriger, Pfandbriefe und

Kommunalschuldverschreibungen etwas höher als im Vormonat. Um den Kapitalmarkt zu fördern, hat das Bundesministerium für Finanzen Entwürfe für ein Energieanleihegesetz 1953 und ein Sparbegünstigungsgesetz vorbereitet. Die Entwürfe enthalten ziemlich weitreichende steuerliche Vorteile für die Zeichner von Energieanleihe sowie für Sparer, die ihre Einlagen längerfristig binden.

## Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Trotz saisonbedingter Nachfragebelebung gaben die Preise auch im März nach. Preissenkungen werden zwar weiterhin nur zögernd vorgenommen, allmählich greifen sie aber doch auf die meisten Wirtschaftszweige über.

Die verfügbaren Indizes spiegeln die wirkliche Preisbewegung nur unvollkommen wider. Die amtlichen Höchstpreise hinken den Marktpreisen meist beträchtlich nach (z. B. Buntmetallpreise). Aber auch von behördlicher Regelung freie Güter werden vor allem im Großhandel häufig bei gleichbleibendem Preis durch Erleichterung der Konditionen (Rabatte, Skonti, Draufgaben u. ä.) effektiv verbilligt. Einige wichtige Sektoren der Wirtschaft, besonders die Fertigwarenindustrien, werden durch die Preisindizes nur schwach repräsentiert. Da aber gerade in diesen Branchen die Preise infolge der Marktschwäche vielfach, wenn auch im Ausmaß uneinheitlich, herabgesetzt werden mußten, bleiben viele und bedeutende Preisermäßigungen in den Statistiken unberücksichtigt.

Die Preissenkungen der Erzeuger werden vom Handel an die Konsumenten nicht einheitlich weitergegeben. Noch herrscht die Tendenz vor, Lagerbestände nach dem Kostendeckungsprinzip und entgegen dem des Wiederbeschaffungspreises zu den alten Preisen abzusetzen und erst dann billigere Ware zu verkaufen. Da die Lager in den einzelnen Geschäften verschieden groß sind, gibt es oft auch beträchtliche zeitliche Diskrepanzen in den Preissenkungen.

Viele Fertigwarenindustrien rechnen mit weiteren Preissenkungen in der nächsten Zeit. Nur wenige werden dank Sonderkonjunkturen ihre bisherigen Preise halten können. Auf der anderen Seite scheint die zum Teil noch bestehende Zurückhaltung in Verbraucherkreisen vielfach von einer zu optimistischen Vorstellung über die Möglichkeit weiterer Preissenkungen herzurühren.

Im Berichtszeitraum (Mitte Februar bis Mitte März) sind alle Preisindizes zurückgegangen. Der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes

sank, hauptsächlich zufolge einer 9,4%igen Verbilligung von Fleisch, um 2,4% auf 767 (1938 = 100). Der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel ging um 4,2% zurück, jener für Industriestoffe zog hingegen trotz ermäßigten Preisen für Metalle und Kautschuk geringfügig (um 0,3%) an, weil Wolle und Baumwolle um 2,2% und 2,7% teurer wurden.

Auch das Niveau der Verbraucherpreise ging im März weiter zurück. Der *Kleinhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes fiel von Mitte Februar bis Mitte März um 0,7% auf 665 (1938 = 100).

Der *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern in Wien) sank im gleichen Zeitraum um 2,3% auf 672,6 (April 1938 = 100) und erreichte damit den niedrigsten Stand seit Oktober 1951. Außer den im Index erfaßten Textilien, deren Preise um 8% (Herrenhemden, Herrensocken) bis 29% (Damenstrümpfe) sanken, haben sich auch einzelne Schuharten (-5%), Seife (-12%) und einzelne Haushaltgegenstände (-10%) verbilligt. Von den erfaßten Nahrungsmitteln wurden Eier saisongemäß um 17%, ferner Filz (-8%) sowie einzelne Fleisch- und Wurstwaren (-4%) billiger. Dagegen haben sich Gemüse und Obst saisonbedingt verteuert. Der Aufwand für Genußmittel, Wohnung, Beheizung, Beleuchtung, Bildung und Unterhaltung sowie Verkehrsmittel blieb unverändert.

Gegen März 1952 ist der Lebenshaltungskostenindex, der schon seit Dezember 1952 stets unter dem Vorjahresstand lag, bereits um 3,7% gefallen. Am stärksten hat sich der Aufwand für Bekleidung (-16%) sowie Reinigung und Körperpflege (-12%) ermäßigt. Haushaltgegenstände sind um 3%, Nahrungsmittel um 2% und Beheizung und Beleuchtung um 1% billiger als vor einem Jahr; dagegen sind die Genußmittelausgaben um 6% gestiegen. Der Aufwand für die übrigen Bedarfsgruppen blieb unverändert.

Der *Baukostenindex* blieb im I. Quartal 1953 praktisch unverändert. Die geringere Nachfrage nach Baustoffen im heurigen Frühjahr hat den Konkurrenzkampf in der letzten Zeit verstärkt und die Preise einiger wichtiger Baustoffe gesenkt. Im Baukostenindex hat sich dies noch nicht ausgewirkt, weil die „offiziellen“ Preise bisher unverändert blieben.

Die *reagiblen Preise* gingen im Berichtszeitraum übersaisonnmäßig stark zurück. Der freie Goldpreis, der schon während des Jahres 1952 ständig gefallen war, ging im März neuerlich um 5% auf 596% von 1938 zurück und war damit um 23,6% niedriger als ein Jahr vorher. Auch die Versteigerungspreise im

Wiener Dorotheum sanken wegen besonders geringer Nachfrage nach Perserteppichen und Pelzen und zufolge des niedrigen Goldpreises um 3'6%.

Die „schwarzen“ Devisenkurse und der freie Kurs des Schillings in Zürich blieben fast unverändert.

Der *Tariflohnindex* des Institutes ist seit 15 Monaten unverändert. Die Aktivität der Gewerkschaften beschränkt sich seit dieser Zeit auf Verbesserungen von Arbeitsbedingungen, Akkordvereinbarungen, Erhöhung oder Neueinführung von Zulagen, Lohnangleichungen in einzelnen Bundesländern u. ä. Wenn auch die Erfolge im einzelnen nur bescheiden sind, so dürften sie doch alle zusammen das Nettoeinkommen der Arbeiter und Angestellten ständig etwas erhöhen. Während der Tariflohnindex unverändert blieb, ist im Laufe des Jahres 1952 nicht nur der Arbeiternettoverdienstindex des Institutes leicht gestiegen, sondern auch die von den Sozialversicherungsanstalten auf Grund der Anmeldungen zur Sozialversicherung berechneten Durchschnittslöhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten fast aller Branchen haben leicht steigende Tendenz.

Auch in der Berichtsperiode wurden für einige kleinere Arbeiter- und Angestelltengruppen Verbesserungen durchgesetzt. Die kollektivvertraglichen Löhne der Hafener- und Lagerhausarbeiter der DDSG in Wien und Linz wurden mit Wirkung vom 1. Jänner 1953 um 14% erhöht. Die Speditions-, Möbeltransport- und Lagereiarbeiter aller Bundesländer, ausgenommen in Wien, erhalten ab 1. Februar oder 1. März in den Lohnklassen I bis III wöchentliche Zuschläge zu den bisherigen kollektivvertraglichen Löhnen von 20 S, 15 S und 10 S. Die Schmutz- und Rußzulage der Wiener Rauchfangkehrer wurde um 50% erhöht. In vielen anderen Branchen wird noch verhandelt oder wurden Forderungen angemeldet. Die bisher hauptsächlich auf Arbeitergewerkschaften beschränkte Aktivität greift in letzter Zeit immer stärker auf Angestelltenberufe über.

## Ernährung

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.3

Seit die Bewirtschaftung gelockert wurde, haben sich Höhe und Zusammensetzung des Verbrauchs von *Pflanzenfetten* beträchtlich geändert. Da die Konsumenten ab Oktober 1952 im Rahmen einer Gesamtration von 35 *dkg* je Kopf und Monat frei zwischen Margarine, Kunstspeisefett und Speiseöl wählen konnten, verlagerte sich die Nachfrage hauptsächlich vom wenig beliebten Kunstspeisefett, teilweise aber auch von Margarine auf Speiseöl. Von Oktober bis Dezember 1952 wurden durchschnittlich 1.016 *t* Margarine, 488 *t* rationiertes Speiseöl und 184 *t* Kunstspeisefett im Monat an den Handel ausgeliefert<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Da der Einzelhandel seine Lagerbestände innerhalb mehrerer Monate meist ausgleicht, ist kaum anzunehmen, daß

gegenüber 1.068 *t* Margarine, 346 *t* Speiseöl und 272 *t* Kunstspeisefett im Durchschnitt der Monate Februar bis September. Dadurch ging bei gleich hohem Verbrauch an rationierten Fetten der Anteil von Kunstspeisefett von 16% auf 11% zurück, während der von Speiseöl von 21% auf 29% stieg. Gleichzeitig sank jedoch der Absatz von freiem Speiseöl von durchschnittlich 594 *t* auf 387 *t* im Monat, so daß sich der Gesamtverbrauch an pflanzlichen Fetten um 9% verminderte.

Dieser Rückgang läßt vermuten, daß die Konsumenten früher die aufgerufenen Waren vielfach „zwangsläufig“ abgenommen haben, wie dies wiederholt bei rationierten Waren in der Kriegs- und Nachkriegszeit beobachtet werden konnte. Den zusätzlichen Bedarf an einzelnen Fettarten deckten sie auf dem freien Markt. Seit der freien Wahlmöglichkeit versuchen die Verbraucher dagegen den Einkauf im Rahmen der Rationen weitestgehend dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.

### Absatz von Margarine, Kunstspeisefett und Speiseöl<sup>1)</sup>

Zeit	Margarine		Speiseöl		Kunstspeisefett	Insgesamt
	rationierte Ware	Milchmargarine	rationierte Ware	freie Ware in Tonnen <sup>2)</sup>		
1952 Ø II.—IX. ...	1.068	—	346	594	272	2.280
X. ....	966	—	618	876	235	2.695
XI. ....	1.008	—	445	73	167	1.693
XII. ....	1.073	—	400	211	150	1.834
1953 I. ....	685	564	421	134	132	1.936
II. ....	513	1.043 <sup>3)</sup>	583	65	124	2.328

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung. Auslieferung an den Handel. — <sup>2)</sup> Reinfettwerte. — <sup>3)</sup> Einschließlich 62 *t* Margarineschmalz.

Mit der Kürzung der Ration von 35 *dkg* auf 25 *dkg* und dem freien Angebot von Milchmargarine ab Jänner 1953 hat sich der Verbrauch abermals geändert. Der Gesamtabsatz von Margarine (rationierte und freie Ware zusammen) ist um 38% gestiegen, während der von Kunstspeisefett und Speiseöl weiter abnahm. Der Gesamtverbrauch ist nur geringfügig gestiegen.

Die Wirkung des Angebots von Milchmargarine auf die Struktur des Fettverbrauchs kann noch nicht eindeutig beurteilt werden. Die Entwicklung in den ersten beiden Monaten läßt jedoch vermuten, daß Milchmargarine nicht nur die pflanzlichen Fette teilweise verdrängt, sondern vor allem den Butterabsatz stark beeinträchtigt<sup>2)</sup>. Der Rückgang des Butterver-

über längere Zeiträume die Käufe der Konsumenten von den Bestellungen des Handels stärker abweichen.

<sup>2)</sup> Bis auf eine sind sämtliche Sorten Milchmargarine um mehr als die Hälfte billiger als Butter. Vor dem Krieg war die Preisdifferenz etwa gleich groß.



brauchs um rund 200 t im Jänner und um 300 t im Februar gegenüber dem Monatsdurchschnitt 1952 ist in erster Linie dem Ersatz durch Milchmargarine zuzuschreiben. Auch die verbilligte Butterzuteilung zu Ostern wurde nicht zuletzt durch diese neue Konkurrenz veranlaßt.

Da die Preise für rationierte und freie Ware nur mehr wenig differieren<sup>1)</sup>, wird Speiseöl ab 1. Mai nicht mehr verbilligt auf Marken abgegeben werden. Der wahlweise Bezug wird sich bei gleicher Gesamtration auf Margarine und Kunstspeisefett beschränken.

Das *Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz* läuft Ende Juni ab. Ob es im Interesse der Lenkung von Produktion und Einfuhr gewisser Nahrungsmittel in irgend einer Form verlängert werden wird, ist noch nicht bekannt. Auf jeden Fall sollen aber die zur Zeit noch bestehenden Verbrauchsbeschränkungen aufgehoben und die Lebensmittelkarten abgeschafft werden. Ab 1. Juli werden die Konsumenten daher auch Importschmalz, Kunstspeisefett und gewöhnliche Margarine frei kaufen können. Die Auswirkungen dieser Freigabe auf Höhe und Struktur des Fettverbrauchs können noch nicht vorausgesehen werden, da sie vor allem von den Preisen der freigegebenen Fette<sup>2)</sup> abhängen.

Der *Zuckerverbrauch* hat sich seit der Freigabe im November 1952 nur wenig verändert. An Konsumenten und verarbeitende Betriebe wurden in den letzten Monaten durchschnittlich 13.880 t Zucker ausgegeben, gegenüber 14.000 t in den Vormonaten.

Da die Zuckerkampagne 1952/53 nur rund 120.000 t Weißware (1951/52: 143.000 t) erbrachte, ist der Importbedarf wieder gestiegen. Obwohl der Gesamtbedarf für das laufende Zuckerwirtschaftsjahr niedriger angenommen wird als der Verbrauch im Vorjahr (175.000 t gegen 180.000 t), müssen noch mindestens 55.000 t Zucker eingeführt werden. Bisher wurden Importe von insgesamt 58.000 t abgeschlossen, wovon 42.000 t (Weißzuckerwert) auf Rohzucker (aus Cuba, Brasilien sowie über Jugoslawien und die Schweiz) und 16.000 t auf Weißzucker (aus ÖSR, Ungarn, Polen) entfallen. Die Einfuhr von Rohzucker wurde forciert, um die Beschäftigung der

<sup>1)</sup> Der Preis für freies Speiseöl liegt derzeit je nach Qualität zwischen 13 und 17 S je kg, gegenüber 11 S für rationiertes. Vor einigen Monaten, als die Versorgung besser war, kostete Speiseöl 11 bis 15 S je kg. Da sich das Angebot in nächster Zeit dank größerer und teilweise billigerer Importe bessern wird, dürften die Speiseölpreise wieder fallen.

<sup>2)</sup> Mit der Freigabe wird selbstverständlich auch die Preisstützung der Rohstoffe für die Erzeugung von Kunstspeisefett und Margarine aufgehoben werden.

Zuckerindustrie zu verbessern, aber auch weil Rohzucker zollfrei eingeführt wird, während Weißzucker seit 1. Jänner mit einem Zoll von 230 S je kg belastet ist<sup>3)</sup>.

Nach einem vorübergehenden Rückgang im Februar hat das *Fleischangebot* in Wien im März übersaisonnmäßig zugenommen und erreichte damit einen neuen Nachkriegsrekord. Infolge außergewöhnlich hoher Schweineanlieferungen (durchschnittlich 13.226 Stück in der Woche) und größerer Zufuhren von Kälbern und Rindern war das Gesamtangebot an Fleisch um etwa 20% höher als im März 1952. Die Zunahme des inländischen Angebots war noch etwas größer, da im März des Vorjahres geringfügige Mengen von Rindern und Schweinen eingeführt wurden, während seit Herbst 1952 nichts mehr importiert wird.

*Zufuhren von Schlachtvieh und Fleisch nach Wien<sup>4)</sup>*

Wochendurchschnitt <sup>2)</sup>	Rinder	Schweine <sup>3)</sup> in Stück	Kälber <sup>3)</sup>	Fleisch <sup>4)</sup> in g
1952 I.	1.333	10.457	2.911	1.736
II.	1.292	9.159	2.563	1.688
III.	1.363	10.670	2.466	1.469
Ø I.—III.	1.329	10.095	2.647	1.631
1953 I.	1.484	10.468	3.756	1.651
II.	1.347	10.295	3.876	1.365
III.	1.468	13.226	3.654	1.547
Ø I.—III.	1.433	11.330	3.762	1.521

<sup>1)</sup> Nach den Wochenberichten des Marktamtes der Stadt Wien. — <sup>2)</sup> Jänner und Februar Durchschnitt aus 4, März aus 5 Wochen. — <sup>3)</sup> Zufuhren auf den Zentralviehmarkt und in die Großmarkthalle (ohne Bezüge von St. Marx); lebende und tote Ware. — <sup>4)</sup> Rind-, Kalb-, und Schweinefleisch, Würste und Selchwaren.

Die Preise für Schweinefleisch, die schon in den letzten Monaten nachgegeben haben, sanken im März abermals um 1 bis 2 S je kg und waren durchwegs um 3 bis 4 S je kg (10 bis 15%) niedriger als vor einem Jahr. Von Rind- und Kalbfleisch verbilligten sich im März nur einige Sorten bis zu 1 S je kg. Die im Vorjahr tatsächlich bezahlten Preise<sup>4)</sup> wurden meist um 2 bis 3 S je kg (10%), bei den teureren Sorten vielfach sogar bis um 5 S (20%), unterschritten. Infolge der wiederholten Verbilligungen liegen die Preise für Schweine- und Kalbfleisch bereits um 3 bis 5 S je kg unter den noch immer bestehenden amtlichen Höchstpreisen. Die Fleischhauer fordern daher mit Recht die Aufhebung dieser Höchstpreise.

<sup>3)</sup> Die Preisdifferenz zwischen importiertem und inländischem Weißzucker wird durch den Zoll großteils ausgeglichen. Dagegen ist der aus importiertem Rohzucker erzeugte Weißzucker meist billiger als inländische Ware. Da die Abgabepreise amtlich festgesetzt sind, wird die Preisdifferenz abgeschöpft.

<sup>4)</sup> Die Notierungen des Marktamtes entsprachen in dieser Zeit nicht den Tatsachen, da sie zum Teil Höchstpreise enthielten, die durchwegs überschritten wurden.

## Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.4 bis 3.10

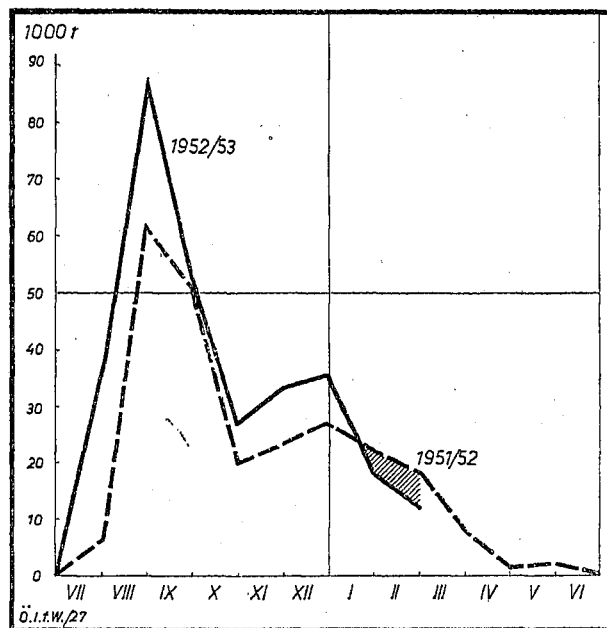
Der *Frühjahrsanbau* war heuer durch die trockene und warme Witterung außerordentlich begünstigt. Obwohl es auch nach dem Anbau zu wenig regnete, gingen die Getreidesaaten gut auf. Rüben- und Futterschläge sowie Wiesen benötigen jedoch schon dringend ausgiebige Niederschläge. Sollte es auch im April zu trocken sein, würde die Grünfütter- und Heuernte erheblich hinter den Erwartungen zurückbleiben, aber auch ein Teil der Rübensaaten müßte voraussichtlich wieder eingeeckert und neu bestellt werden. Die Herbstsaaten konnten die Winterfeuchtigkeit gut ausnützen und stehen ausgezeichnet. Auch die Obstbäume haben sich infolge der übernormalen Temperaturen frühzeitig entwickelt und zeigen guten Blütenansatz.

Die Nachfrage nach Handelsdünger belebte sich in den letzten Monaten stärker, ohne jedoch den Vorjahresumfang zu erreichen. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft hat sich daher entschlossen, zum Frühjahrsanbau 1953 aus ERP-Mitteln kurzfristige *Kunstdünger Kredite* in Höhe von 500 bis 1.000 S je Betrieb zur Verfügung zu stellen. (Im Vorjahr waren nicht nur die Phosphat- und Kalidünger weitaus billiger, auch Stickstoffdünger wurden großteils verbilligt abgegeben.) Die Darlehen sind mit 275% pro Jahr zu verzinsen und spätestens am 30. November 1953 zurückzuzahlen. Der begünstigte Zinssatz geht verloren, wenn das Kapital nicht rechtzeitig rückerstattet wird. Die Aktion mußte wegen der Knappheit der ERP-Mittel auf Gebirgsbauern und solche landwirtschaftliche Betriebe beschränkt werden, die bisher keine Handelsdünger oder nur geringe Mengen verwendeten; dennoch war sie dringend notwendig, da die Nachfrage nach Kunstdünger im Bergland im letzten Herbst um mehr als die Hälfte sank.

An *Brotgetreide* hat die Landwirtschaft bis Ende Februar 302.745 t — 180.651 t Weizen und 122.094 t Roggen — auf den Markt gebracht gegen 228.670 t (133.225 t und 95.445 t) im Vorjahre, das sind um 32% mehr. Es fällt auf, daß das Marktangebot im Jänner und Februar 1953 mit 18.300 t und 12.185 t niedriger war als im Jänner und Februar 1952 (21.800 t, 17.825 t), während noch im 2. Halbjahr 1952 stets mehr Brotgetreide auf den Markt kam als ein Jahr vorher. Die stärkere Balung des Angebotes unmittelbar nach der letzten Ernte — im Juli und August 1952 wurden 123.850 t Brotgetreide verkauft gegen nur 67.300 t im Juli und August 1951 — dürfte in erster Linie auf die Rückzahlung von Krediten zurückzuführen sein, die die

## Angebot von Brotgetreide

(Normaler Maßstab; 1.000 t)



Die Landwirtschaft hat bis Ende Februar 1953 um fast ein Drittel mehr Brotgetreide auf den Markt gebracht als ein Jahr vorher. Auffallend ist jedoch, daß das höhere Angebot ausschließlich in das 2. Halbjahr 1952 fiel, während die Marktleistung im Jänner und Februar 1953 hinter dem Vorjahre zurückblieb. Daß von 83.215 t, die bis Ende Dezember mehr abgeliefert wurden, allein 56.550 t oder 68% auf die Monate Juli und August entfielen, dürfte teils auf die Rückzahlung von Krediten unmittelbar nach der Ernte zurückzuführen sein, die die Landwirtschaft für Neuinvestitionen (Maschinen) in Anspruch genommen hatte, und teils auf den stärkeren Einsatz von Mähdruschern.

Landwirtschaft für Neuinvestitionen (Maschinen) in Anspruch nahm. Außerdem ist auch durch den wachsenden Einsatz von Mähdruschern der Getreideanfall unmittelbar nach der Ernte gestiegen. Da man den Mähdrusch in den nächsten Jahren noch intensivieren wird, dürfte sich das Angebot noch stärker auf die Sommermonate verlagern. Diese Entwicklung rollt das Problem der geeigneten Stapelung des Getreides auf, das man durch neue Getreidesilos mit entsprechenden Trocknungsanlagen — Getreide nach Mähdrusch hat einen höheren Feuchtigkeitsgehalt — lösen will.

Die *Schlachtviehmärkte* standen infolge zunehmenden Angebotes auch im März unter starkem Preisdruck. Da für Lebenschweine vielfach bereits weniger als 10 S ab Hof geboten werden, ist die Schweinemast unrentabel geworden. Aber auch die Rindermast lohnt sich kaum noch. Dennoch dürfte sich in den nächsten Monaten das Angebot nur wenig verringern. Die in Mast stehenden Tiere müssen auf alle Fälle — auch wenn die Mast unrentabel gewor-

den ist — bis zur Marktreife gehalten werden. Möglicherweise werden aber die Landwirte die Mastzeit verkürzen und die Tiere früher abstoßen, da man vielfach nicht erwartet, daß die Nachfrage nach Fleisch und die Preise steigen werden. Dieses Verhalten würde den Ausstoß von Schlachtschweinen im Frühjahr übersaisonnmäßig verstärken, im Sommer und Herbst dagegen verringern und stärkere zyklische Schwankungen bei den Viehpreisen und in der Nachwuchsproduktion auslösen.

Das Landwirtschaftsministerium ist deshalb bemüht, das Angebot an Schlachtvieh besser zu verteilen. So sollen die Auftriebe im Frühjahr dadurch verringert werden, daß die Großproduzenten die Schweine länger halten und auf ein Gewicht von 150 kg je Stück mästen. Außerdem will man in Zukunft regelmäßig erheben — erstmals wurde dies am 3. März 1953 durchgeführt — wieviel Nutz- und Einstellvieh, Schlachtrinder und Schlachtschweine jeder einzelne landwirtschaftliche Betrieb im nächsten Vierteljahr abzugeben hat, um den Viehabsatz über die neuerrichteten Viehverkehrsstellen entsprechend lenken und die Importe regeln zu können. Ob diese planwirtschaftliche Ordnung der Viehmärkte gelingt, wird vor allem auch davon abhängen, ob die Landwirte genaue und vollständige Angaben machen und etwaige Anordnungen über Mastdauer und Verkaufstermine einhalten.

Man will sich daher mit diesen Maßnahmen allein nicht begnügen, sondern auch die Produktion drosseln. Vor allem soll nunmehr die auf den Zukauf von Futter angewiesene gewerbliche Schweinemast eingeschränkt und das Gesetz zur Überwachung der Schweinehaltung vom 4. April 1951 strenger durchgeführt werden. Mehr als 2 Schweine in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben und mehr als 100 Schweine überhaupt werden somit nur mit Zustimmung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gehalten werden dürfen. Der Vorschlag, die Abgabepreise für ausländische Futtermittel geringfügig zu erhöhen, um die Rentabilität der Schweinemast und damit die gewerbsmäßige Schweinehaltung zu verringern, wurde nicht beachtet; er ist durch die jüngste Preisentwicklung bei Schlachtschweinen auch überholt. Im übrigen erscheint nach Ansicht vieler Landwirte auch das Gesetz zur Überwachung der Schweinehaltung überholt, da die niedrigen Schweinepreise die Produktion von sich aus beschränken werden.

Die nunmehr vorliegenden vollständigen *Ernteergebnisse* des Jahres 1952 zeigen, daß die Produktion an wichtigen pflanzlichen Nahrungs- und Futtermitteln (Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Futterrüben, Heu und Stroh) — in Getreidewerten gerech-

net — gegenüber dem Vorjahre von 5'02 Mill. *t* auf 5'13 Mill. *t* oder um 2% stieg; sie erreichte damit 99% der durchschnittlichen Vorkriegsproduktion. Der mit Preisen von 1937 gewogene Mengenindex der Pflanzenproduktion war gegenüber dem Vorjahre um 4% höher und stieg auf 98% von 1926/35.

#### Volumen der pflanzlichen Produktion<sup>1)</sup>

Fruchtart	Ø 1926/35 in 1.000 <i>t</i>	1951 Getreidewert	1952	Ø 1926/35 in Mill. S.	1951 Preisbasis 1937	1952
Getreide.....	1.717	1.381	1.473	503	411	443
Kartoffeln....	620	537	642	176	153	182
Zuckerrüben..	230	258	213	43	48	40
Futterrüben...	183	216	218	40	48	48
Heu insgesamt	2.093	2.357	2.311	443	499	489
Stroh.....	339	266	276	157	123	128
Insgesamt	5.182	5.015	5.133	1.362	1.281	1.330
Index.....	100	97	99	100	94	98

<sup>1)</sup> Berechnungen des Institutes nach den amtlichen Ernteergebnissen.

Die Produktion von Brotgetreide (+ 9%), Futtergetreide (+ 5%), Kartoffeln (+ 19%), Futterrüben (+ 1%), Raps (+ 169%), Hanf (+ 36%) und Stroh (+ 5%) war höher als im Jahre 1951, jene an Zuckerrüben (- 20%), Heu (- 2%), Mohn (- 6%) und Flachs (- 23%) niedriger. Gegenüber dem langjährigen Vorkriegsdurchschnitt war die Produktion von Kartoffeln um 4%, Futterrüben um 19%, Raps um 321% und Heu um 11% größer, die von Brotgetreide um 16%, Futtergetreide um 12%, Zuckerrüben um 7%, Mohn um 38% und Stroh um 18% kleiner<sup>1)</sup>.

#### Energiewirtschaft

Dazu *Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5*

Die seit über einem Jahr herrschende Konjunkturschwäche der österreichischen Wirtschaft wirkt sich immer stärker auf den Energieverbrauch aus. Die Kohlennachfrage stagniert noch immer; der inländische Kohlenbergbau kann seine durch Investitionen in den vergangenen Jahren gesteigerte Kapazität nicht voll ausnutzen. Der gesamte Stromverbrauch war in den ersten zwei Monaten 1953, wenn man den bedeutend höheren Verbrauch von Ranshofen und die höheren Übertragungsverluste nicht berücksichtigt, etwas geringer als im Jänner und Februar 1952. Vor allem der Verbrauch der Industrie geht zurück. Da der Kraftwerkbau fortgeführt wurde, konnte der Bedarf ohne Einschränkungen gedeckt werden. Ein neuer Konjunkturaufschwung würde allerdings, falls man nicht neue Werke zu bauen beginnt, bald wieder Versorgungsschwierigkeiten hervorrufen.

<sup>1)</sup> Dieser Bericht sowie die statistische Übersicht 3.9 (Anbauflächen, Hektar- und Gesamterträge wichtiger Feldfrüchte) ergänzen die Jahresübersicht 1952 in Heft Nr. 2, Jg. 1953, S. 44 ff.

Im Februar ging die *Wasserkraftstromerzeugung* in den öffentlichen Kraftwerken saisonbedingt stark zurück, war aber trotzdem um 7% höher als im Februar 1952, obwohl dieser Monat um einen Tag mehr zählte (Schaltjahr). Die *Dampfstromerzeugung* war mit 168 Mill. *kWh* zwar hoch, aber um 19 Mill. *kWh* geringer als im Vorjahr.

Der Inlandsverbrauch aus dem öffentlichen Netz war mit 409 Mill. *kWh* um 3 Mill. *kWh* niedriger als im Jahre 1952, obwohl Ranshofen bedeutend mehr Strom erhielt. Die übrigen Verbrauchergruppen haben durchwegs weniger verbraucht.

Durch ein Abkommen der Verbundgesellschaft mit der Bayernwerke A. G. erhöhten sich Import und Export gegenüber 1952 um je 6 Mill. *kWh*. Der Stromexport erreichte im Februar saisongemäß mit 27 Mill. *kWh* den niedrigsten Wert seit Februar 1952.

Die Brennstoffvorräte sind wegen starker Beanspruchung der Dampfkraftwerke und geringer Nachbestellungen im Jänner und Februar stark zurückgegangen. Ende Februar waren nur mehr 164.463 t (SKB) Kohle vorrätig, gegen 297.931 t Ende Dezember. In den beiden Monaten wurden daher um 133.468 t Kohle mehr verbraucht, als zugekauft.

Der inländische Kohlenbergbau ist trotz der anhaltenden starken Importrestriktion noch immer in Absatzschwierigkeiten. Trotz der durch Investitionen vergrößerten Kapazität konnte im Jänner und Februar die Vorjahresförderung nicht ganz erreicht werden. Allerdings mußten einige erst in den letzten Jahren erschlossene Bergbaue, die nur minderwertige Kohlenarten fördern, aus Absatzmangel die Erzeugung einschränken.

Die Braunkohlenförderung je Arbeitstag war im Februar um 0,7% niedriger als im Jänner. Insgesamt wurden 436.062 t Braun- und 12.516 t Steinkohle gefördert.

Auch die Kohleneinfuhr blieb im Jänner und Februar auf dem niedrigen Niveau der letzten neun Monate des Vorjahres. Insgesamt wurden im Februar 324.204 t Kohle (SKB) importiert, d. s. um 34% weniger als vor einem Jahr. Zusammen mit den Inlandslieferungen des heimischen Bergbaues bezog die österreichische Wirtschaft im Februar 532.350 t Kohle, d. s. 129% von 1937 und um 24% weniger als im Februar 1952.

Erst im März kauften einige saisonabhängige Industrien wieder größere Brennstoffmengen ein, waren aber bei ihren Bestellungen viel vorsichtiger als in früheren Jahren. Zumeist wurden nur die den Bedarf der nächsten Zeit deckenden Mengen abgerufen, während man früher gleich zu Beginn der Saison den Jahresbedarf bezog. Selbst die Dampf-

kraftwerke, die für den Feinkohlenabsatz maßgebend sind, warten mit größeren Bestellungen noch zu und räumen ihre Lager.

Teilweise dürfte die gegenwärtige Marktschwäche auch darauf zurückzuführen sein, daß die Konsumenten fallende Preise erwarten. Die westeuropäischen Kohlenproduktionsländer rechnen mit einem erheblichen Verbrauchsrückgang im heurigen Jahr und schränken deshalb die Kohlenförderung ein. Der Kohlenausschuß der ECE in Genf glaubt, daß der Absatz stärker zurückgehen wird als die Förderung, und daß selbst nach Auffüllung der Lager bei den Produzenten größere Mengen unverkäuflich bleiben werden.

Eine zu starke Einschränkung der europäischen Förderung bei hochgehaltenen Preisen würde wahrscheinlich die Konkurrenz der amerikanischen Kohle, die schon jetzt in frachtgünstigen Gebieten billiger ist, verschärfen. Interessant ist z. B., daß amerikanische Steinkohle für die Wiener Gaswerke, die wegen Aufhörens der tschechischen Lieferungen bestellt wurde, frei Wien um 2% billiger ist als Ostrauer Kohle.

## Industrieproduktion

*Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27*

Die Industrieproduktion hatte Ende des Vorjahres keine einheitliche Tendenz. Die labile Situation hielt auch in den ersten Monaten 1953 an. Die Jännerproduktion war geringer als die von Dezember und sank auf den niedrigsten Stand seit Jänner 1951. Im Februar und März dürften zwar, soweit bisher Unterlagen vorliegen, die Saisoneinflüsse die Schwächetendenz wieder verdeckt haben. Der Frühljahrsaufschwung war jedoch im allgemeinen kaum stärker und in vielen Zweigen sogar erheblich schwächer als saisonüblich.

Die meisten Konsumgüterindustrien haben im Jänner weniger erzeugt als im gleichen Monat 1951 und 1952. Im Februar und März setzte zwar die Frühjahrssaison ein; das Produktionsniveau des Vorjahres wurde aber nicht mehr erreicht, obwohl damals bereits der Konjunkturrückschlag eingesetzt hatte.

Einige Investitionsgüterindustrien, vor allem die Gießereiindustrie, die Baustoffindustrie und die vom Baugewerbe abhängigen Zweige der eisen- und metallverarbeitenden Industrie verzeichneten im Frühjahr nur eine geringe Saisonbelebung. Fast alle Sparten erzeugten weniger als im Jahre 1952.

Der Index der Industrieproduktion sank im Jänner um 5,5% auf 144,6% von 1937. Die Investitionsgütererzeugung ging um 7,5%, die Konsumgüterproduktion nur um 3,4% zurück.

Die Fördermengen des *Bergbaues* sind im Februar nicht nur wegen der geringen Zahl von Arbeitstagen (24 gegen 25 im Jänner), sondern auch pro Arbeitstag (um 0,7%) zurückgegangen. Besonders im Braunkohlenbergbau mußten Gruben, die nur mindere Kohlsorten fördern, die Erzeugung einschränken. Auch einige Zweige, die unter Exportschwierigkeiten leiden (Talkum- und Graphitbergbau), können ihre Kapazität nur unzulänglich ausnutzen.

Die *Magnesitindustrie* konnte trotz der ungünstigen Saison die Erzeugung je Arbeitstag im Februar wieder um 2,2% steigern. Gegenüber Februar 1952 war die Erzeugung um 12,5% größer.

Die *eisenschaffende Industrie* hat im Februar ungefähr gleich viel erzeugt wie im Jänner. Die Erzeugung je Arbeitstag war etwas höher als bisher. Die im Laufe des Jahres 1952 neu in Betrieb genommenen Walzwerke haben die Walzwarenerzeugung im letzten halben Jahr nicht vermehrt. Die Nachfrage auf den internationalen Eisenmärkten blieb unverändert schwach und die Konkurrenz der neuen westeuropäischen Anlagen wird immer stärker fühlbar. Da heuer noch weitere moderne Großanlagen in den Ländern der Montanunion fertig werden sollen, die Nachfrage aber eher zurückgehen wird, dürfte sich die Konkurrenz noch verschärfen.

Trotz der durch die Breitbandstraße in Linz um ein Vielfaches erhöhten Mittel- und Feinblechkapazität werden noch immer überwiegend Grobbleche exportiert. In den letzten drei Monaten (November bis Jänner) wurden 21.000 t Grob-, aber nur 6.000 t Mittel- und Feinbleche ausgeführt.

Der Auftragsbestand per 1. Februar 1953 aus dem In- und Ausland betrug 32.500 t Fein-, 13.600 t Mittel- und 68.000 t Grobbleche. Er könnte, wenn kein Stahlangpaß bestünde, mit der vorhandenen Walzwerkskapazität in knapp einem Monat aufgearbeitet werden. Die laufenden Auftragseingänge (einschließlich Exportaufträge) erreichten im Monatsdurchschnitt des vorigen Jahres 5.345 t Fein-, 2.135 t Mittel- und 14.575 t Grobbleche. Da sie in den letzten Monaten, ausgenommen bei Grobblechen, zurückgegangen sind, können diese Aufträge selbst mit dem jetzt verfügbaren Stahl leicht bewältigt werden. Allerdings wird dabei die Walzwerkskapazität nur zu einem Bruchteil ausgenützt.

Eine Exportsteigerung ist bei der gegenwärtigen internationalen Marktlage schwer möglich, denn bisher ist es nicht gelungen, den Export von den wenig arbeitsintensiven Produkten (Roheisen, Rohstahl, Grobbleche) auf arbeitsintensivere zu verlagern und die neuen, modernen Anlagen besser zu beschäftigen.

Der Index der *Metallhütten* ist im Jänner, hauptsächlich wegen einer radikalen Einschränkung der Bleierzeugung, um 16,5% zurückgegangen. Die Aluminium- und Kupfererzeugung wurde weniger stark betroffen. Die Absatzkrise auf dem Buntmetallmarkt hat noch immer nicht nachgelassen; die Verbraucher und Verarbeiter haben noch sehr große Lager. Die Metallpreise sinken weiter. Die amtlichen Preissenkungen hinken den tatsächlichen Marktpreisen meist stark nach.

In der *Gießereiindustrie* sind nur mehr wenige Betriebe gut beschäftigt. Die Mehrzahl der kleineren und mittleren Gießereien mußte die Erzeugung stark einschränken. Auch die Frühjahrssaison ließ die Aufträge nicht steigen. Die Zahlungsbedingungen sind in diesem Industriezweig besonders schlecht. Die Kunden verlangen lange Zahlungsziele, während die wichtigsten Rohstoffe (Eisen und Koks) prompt bezahlt werden müssen. Besonders die kleineren und kapital schwachen Unternehmungen geraten dadurch in Schwierigkeiten und können Aufträge, die längere Ziele verlangen, nicht übernehmen.

Im Jänner blieb die Erzeugung gegenüber Dezember annähernd gleich, war aber mit 195,5% von 1937 um 8,2% und 24,5% niedriger als in den gleichen Monaten der Jahre 1951 und 1952.

Die *Fahrzeugindustrie* gehört zu den wenigen Industriezweigen, welche bisher vom Konjunkturückgang noch nicht betroffen wurden. Wohl haben einige Sparten, besonders die Autobus- und Fahrradindustrie, die Erzeugung einschränken müssen. Die Produktionssteigerungen in anderen Bereichen konnten dies aber mehr als wettmachen. Während die Fahrradindustrie viel weniger erzeugt als vor dem Kriege, hat sich die Motorradindustrie besonders günstig entwickelt und erzeugt bereits mehr als das Fünffache von 1937. Diese gegenläufige Bewegung deutet darauf hin, daß Fahrräder immer mehr von Motorrädern verdrängt werden. Dazu kommt, daß sich in Österreich, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, Fahrräder mit Hilfsmotor nicht durchsetzen, weil sie hier als nicht vollwertige Surrogate gelten und außerdem die hiesigen Bodenverhältnisse ihre Verwendbarkeit beeinträchtigen.

Die günstige Gesamtentwicklung der Fahrzeugindustrie ist in erster Linie auf die hohen Exporte von Traktoren und Motorrädern und in geringerem Umfange auch von Diesellastwagen zurückzuführen. Die Inlandsnachfrage ist viel zu gering, als daß sie auf die Dauer die gegenwärtig erzeugte Menge aufnehmen könnte. Die Auslandsnachfrage geht zwar zurück; das hat sich aber bisher nicht auf die Erzeugung ausgewirkt, weil der inländische Markt,

besonders mit Motorrädern, nur unzureichend beliefert wurde und hier noch Ausweichmöglichkeiten bestehen.

Die Erzeugung der *Maschinenindustrie* je Arbeitstag ist im Jänner weiter um 3,2% zurückgegangen. Damit setzte sich die seit dem Herbst des Vorjahres anhaltende Nachfrageschwäche fort. Die Auftragseingänge bleiben in den meisten Sparten hinter denen des Vorjahres zurück (in einigen Zweigen bis zu 50%). Da sich der Auftragsrückgang in der Regel erst nach einem halben Jahr voll auf die Produktion auswirkt, ist — abgesehen von einigen Zweigen, die davon nicht betroffen sind — für die nächsten Monate eine weitere Abnahme der Produktion zu erwarten; es sei denn, die Nachfrage belebt sich in kurzer Zeit kräftig.

Im Export ist die *Maschinenindustrie* überwiegend auf Kopplungsgeschäfte angewiesen, weil sie zum normalen Wechselkurs meist nicht konkurrenzfähig ist. In der letzten Zeit wird es aber, einerseits wegen der Ausdehnung der Kopplungsgeschäfte auf der Exportseite, andererseits wegen des Rückganges der Nachfrage nach den Gütern, die im Kopplungsverkehr importiert werden können, immer schwieriger, geeignete Agioträger zu finden.

Auch die *Eisenwaren- und Metallwarenindustrie* mußte in den meisten Sparten die Erzeugung weiter einschränken. Die Produktion war durchwegs viel geringer als im Jänner 1952: Drahtwaren z. B. um 34%, Kurzwaren 31%, Schlösser und Baubeschläge 63%, Blechwaren 41%, Draht und Drahtseile 23%, Drahtstifte und Nägel 16%, Metallfolien 30%, Sägen 30%, Handwerkzeuge 40%. Auch die erwartete Saisonbelebung in den von der Bautätigkeit abhängigen Zweigen blieb vorläufig noch aus oder war weit unternormal.

In der *Elektroindustrie* hielt der Konjunkturrückgang an, wenn auch der Export einiger konkurrenzfähiger Betriebe günstig blieb. In vielen wichtigen Zweigen der Elektroindustrie war die Erzeugung im Jänner viel geringer als in den beiden letzten Jahren. Elektromotoren, elektrische Apparate, Bleikabel, Elektrizitätszähler, Glühlampen, Radioapparate, Radioröhren, Meßapparate, Lackdrähte und Telephonzentralen wurden um 16% bis 79% weniger erzeugt als im Jänner 1952. Die Zukunftserwartungen der vom Konjunkturrückschlag stärker betroffenen Zweige sind nicht sehr optimistisch, weil die Auftragseingänge trotz der Frühjahrssaison im allgemeinen unverändert schlecht blieben.

Auch die *Baustoffindustrie* erzeugte in diesem Winter, trotz des verhältnismäßig günstigen Wetters, weniger als in den vergangenen zwei Jahren. Obwohl

die Betriebe in der verspäteten Herbstkonjunktur ihre Lager zum größten Teil räumen konnten, die Erzeugung im Winter nur gering war und die Bausaison wegen des frühen Frühlingwetters bald anlief, konnte der Stoßbedarf an Baustoffen rasch gedeckt werden. Während in den vergangenen Jahren die Werke schon vor Beginn der Bausaison große Aufträge hereinnehmen konnten und vielfach schon im März ihre Jahresproduktion durch Aufträge gedeckt hatten, ist die Nachfrage heuer sehr schwach. Die geringen Auftragsbestände veranlassen vor allem die Ziegelindustrie, die Produktion vorerst nur mit halber Kraft aufzunehmen und die zukünftige Marktsituation abzuwarten. Damit soll das Entstehen zu großer Lager, welche die meisten Betriebe nicht finanzieren könnten, verhindert werden.

Die *Zementindustrie* verwendete wie üblich die Monate Dezember und Jänner zur Überholung der Anlagen. Immerhin war aber auch hier die Erzeugung in diesen beiden Monaten um 53% geringer als im Vorjahr.

Die Produktion der *chemischen Industrie*, in der der Konjunkturrückschlag schon Mitte 1951 begonnen hatte, scheint sich allmählich, allerdings auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau, wieder zu stabilisieren. Die Erzeugung stieg im Jänner um 26%, war aber um 21% und 13% niedriger als im Jänner 1951 und 1952. Unverändert ist die Lage der *Kautschukindustrie*, die ihre Erzeugung gegenüber dem Höhepunkt im Jänner des Vorjahres um 34% einschränken mußte, während die *Zellwollindustrie* den Rückschlag vom Vorjahre teilweise überwunden hat. Trotz der günstigen Exportkonjunktur, die mit der großen Nachfrage nach knitterfreien Zellwollgeweben zusammenhängt, hat die Erzeugung den Stand vom ersten Halbjahr 1952 nicht mehr erreicht.

Auch in der *Papierindustrie* dürfte sich die Produktion allmählich wieder stabilisieren. Trotz umfangreichen Investitionen und größerer Kapazität ist das gegenwärtige Produktionsniveau doch erheblich geringer als zur Zeit der Hochkonjunktur. Auch heuer werden wieder neue Anlagen der Papierindustrie fertig; unter anderem eine Papierfabrik in der Steiermark, die zu den modernsten und größten Europas zählen soll.

Im Februar war die Erzeugung der *Papierindustrie* um 6,4% größer als im Vormonat und erreichte damit ungefähr den Stand von 1951, war aber um 4,9% geringer als im Februar 1952.

In der *Textilindustrie* hat die Saison im Februar eingesetzt, blieb aber hinter den Erwartungen zurück. In den meisten Sparten wurde weniger erzeugt als in den beiden letzten Jahren. Allerdings ist es möglich,

daß auch diesmal, so wie im Herbst, die Saison etwas später beginnt als üblich.

Die Leder- und Schuhindustrie produzierte im Jänner pro Arbeitstag um 9'1% weniger als im Dezember und damit ebenfalls weniger als in den beiden letzten Jahren. Auch hier blieb im Februar und März eine kräftige Belebung aus. Die Lagerbestände der Industrie sind in den letzten Monaten — die Produktion wurde weniger stark eingeschränkt, als der Absatz zurückging — stark gestiegen. Auch in der Ledertreibriemen- und technischen Lederartikelindustrie ist die Nachfrage geringer als in früheren Jahren, während die Lederwaren- und Kofferindustrie im I. Quartal 1953 die Erzeugung ausweiten konnte.

### Umsätze

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Im Februar war der Geschäftsgang im Einzelhandel saisongemäß ruhig. Obwohl sich die Ausgaben im Fasching vielfach auf Vergnügungen und Unterhaltung verlagern und der Berichtsmonat außerdem einen Verkaufstag weniger hatte als der Jänner, haben die Gesamtumsätze des Einzelhandels gegenüber dem Vormonat nur geringfügig abgenommen (— 1%). Die Umsätze von Februar 1952 wurden mengenmäßig um mindestens 3%<sup>1)</sup> überschritten. Das spekulativ überhöhte Umsatzvolumen von 1951 wurde zwar noch nicht erreicht, dagegen konnte das von 1950 beträchtlich übertroffen werden. Dieses relativ günstige Umsatzergebnis war zum Teil der Ausweitung des Ratengeschäftes und den verschiedenen Sonder-Verkaufsveranstaltungen zuzuschreiben, die heuer in größerem Umfang und mit stärkeren Preisnachlässen durchgeführt wurden als in den Vorjahren<sup>2)</sup>.

Da die gesamten Mengenumsätze des Einzelhandels schon seit Dezember 1952 ständig über dem

#### Indizes der Einzelhandelsumsätze

Wertmäßig Ø 1948=100		Mengenmäßig <sup>1)</sup>		Wertmäßig Ø 1948=100		Mengenmäßig <sup>1)</sup>	
1950 Jänner	113'3	93'6	1952 Jänner	167'9	99'7		
Februar	112'6	93'6	Februar	174'1	102'6		
1951 Jänner	159'2	115'6	1953 Jänner	182'2	106'9		
Februar	147'1	107'1	Februar	180'6	105'7		

<sup>1)</sup> Schätzung. Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit einigen Adaptierungen).

<sup>1)</sup> Da die verfügbaren Preisindizes, die zur Berechnung der Mengenumsätze verwendet werden, die Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahr zum Teil unterschätzen (siehe auch Abschnitt „Preise und Löhne“, S. 83f.), dürften die Mengenumsätze im Februar 1953 um mehr als 3% gegenüber Februar 1952 zugenommen haben.

<sup>2)</sup> Nach den Angaben einiger Wiener Warenhäuser war der durchschnittliche tägliche Kundenbesuch während der verschiedenen Sonderverkäufe dreimal, die Umsätze doppelt so hoch wie an den übrigen Verkaufstagen. Sowohl Kundenbesuch als auch Umsätze waren höher als bei den gleichen Veranstaltungen im Vorjahr.

Niveau des Vorjahres liegen, scheint sich unter dem Einfluß der teilweise fühlbaren Preisrückgänge eine leichte Mengenkonjunktur anzubahnen. Die abermaligen Verbilligungen — insbesondere von Textilien, Seifen und Waschmitteln — dürften diese Entwicklung begünstigen. Manche Einzelhandelszweige (u. a. Möbel und Wohnbedarf, Uhren und Juwelen) haben allerdings weiterhin mit großen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen. Außerdem schmälern die Preisrückgänge die Stückgewinne, erhöhen den Anteil der vielfach starren Kosten (insbesondere für Personal und Geschäftsraum) am Preis und lassen häufig den Gesamtertrag zurückgehen, weil die Mengenumsätze nicht stark genug steigen, um die Minderung der Preise und Stückgewinne auszugleichen oder gar überzukompensieren.

Obwohl der Einzelhandel die Lagerbestände bei den verschiedenen Verkaufsveranstaltungen zum Teil erheblich abbauen konnte und meist eine Umsatzbelebung erwartet, disponiert er weiterhin äußerst vorsichtig. Wegen der schlechten Erfahrungen mit der Lagererhöhung im Jahre 1951 und der weiterhin fallenden Tendenz der Preise werden meist nur kleine Posten bestellt, so daß die Lagerfunktion zunehmend den Erzeugern überlassen wird. Die Absatzlage der Konsumgüterindustrie ist daher im allgemeinen schlechter als die des Einzelhandels und ihre Lager sind vielfach stark überhöht.

Die Umsatzentwicklung war branchenweise sehr verschieden. Insbesondere jene Branchen, die Anfang 1952 unter großen Absatzschwierigkeiten litten (Textilien, Schuhe), konnten ihren Geschäftsgang im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich verbessern. Infolge des erhöhten Bedarfs für Faschingsveranstaltungen nahmen die *Lebensmittelumsätze* trotz der geringeren Zahl von Tagen und teilweise sinkenden Preise um 3% zu. Das Umsatzvolumen von Februar 1952 wurde geringfügig überschritten. Die Käufe von *Schuhen* nahmen um 7% zu, obwohl saisongemäß ein Rückgang zu erwarten war, und waren mengenmäßig um etwa 8% höher als vor einem Jahr. Auch die Umsätze von *Möbeln, Teppichen und Gardinen* nahmen im Februar um 8% zu, lagen jedoch der Menge nach nur geringfügig über dem Niveau des Vorjahres. Die Erlöse des *Lederwarenhandels* sind, obwohl die Preise der minderen Lederwaren stark gefallen sind, besonders stark gestiegen — um 29% gegen Jänner und um 20% gegen Februar 1952. Der Preisunterschied zwischen Leder- und Nylonware hat sich dadurch stark vermindert.

In allen übrigen erfaßten Branchen war der Geschäftsgang schwächer als im Vormonat. *Textilien* wurden um 12% weniger gekauft als im Jänner.

Das Umsatzvolumen von Februar 1952 wurde allerdings um mindestens 10% übertroffen<sup>1)</sup>. Dagegen hat der Einzelhandel mit *Hausrat, Glas, Porzellan*, dessen Umsätze im Februar um 5% sanken, das Niveau des Vorjahres weder wert- noch mengenmäßig erreicht. Der ungünstige Absatz von Haushaltartikeln veranlaßt viele Erzeuger, die Preise neuerdings zu senken, bei Markenwaren vielfach zu Lasten der Händler durch Kürzung der Rabatte. *Papierwaren* wurden um 28%, *Parfumerie- und Drogeriewaren* aber nur um 1% weniger gekauft als im Vormonat, da der Fasching die Nachfrage nach kosmetischen Artikeln teilweise steigen ließ. Die Mengenumsätze von Februar 1952 wurden fast durchwegs überschritten. Der Absatz von *Tabakwaren* nahm im Februar übersaisonmäßig ab (- 5%) und war um 4% niedriger als vor einem Jahr.

Die Eingänge an *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) sanken von 448'8 Mill. S im Jänner auf 326'9 Mill. S im Februar (- 27%). Der Rückgang war schwächer als der der Einzelhandelsumsätze im Jänner (- 53%), da in den vorgelagerten Stufen die Dezemberspitze und daher auch der starke Rückschlag im Jänner wegfallen. Während die Einzelhandelsumsätze im Jänner wertmäßig um 8% höher waren als im Vorjahr, lagen die Umsatzsteuereingänge im Februar um 10% darunter. Das läßt sich zum Teil damit erklären, daß die Absatzlage in den Erzeugerbetrieben im Vorjahr besser, in diesem Jahr jedoch schwächer war als im Einzelhandel.

An *Verbrauchssteuern* gingen im Februar 133'9 Mill. S ein gegenüber 157'1 Mill. S im Jänner (- 15%) und 121'7 Mill. S im Februar 1952 (+ 10%). Der Rückgang im Februar ist auf teilweise saisonbedingte Mindereingänge an Tabaksteuer (- 18%), Biersteuer (- 32%), Weinsteuer (- 15%) und Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag - 5%) zurückzuführen. Dagegen sind die Einnahmen an Zucker- (+ 22%), Salz- (+ 88%) und Leuchtmittelsteuer (+ 67%) gestiegen. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr entfällt vor allem auf die Mineralölsteuer (Erhöhung des Bundeszuschlages) und die Biersteuer (Einführung einer Sonderabgabe, aber auch höherer Konsum). Die Erträge der meisten übrigen Verbrauchssteuern (insbesondere Tabak- und Zuckersteuer) nahmen dagegen ab.

<sup>1)</sup> Der Gruppenindex Textilien des Lebenshaltungskostenindex des Institutes, der bestimmte Waren minderer Qualität erfaßt, dürfte den tatsächlichen Rückgang der Verbraucherpreise für Textilien von Februar 1952 bis Februar 1953 etwas unterschätzen. Während die Verbilligung nach dem Lebenshaltungskostenindex rund 8% beträgt, sind die Textilpreise nach anderen Erhebungen um durchschnittlich 15% zurückgegangen.

## Arbeitslage

Dazu *Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16*

Die Beschäftigung, die Ende Jänner den winterlichen Tiefpunkt überschritten hatte, erholte sich schon im Februar langsam, im März rascher, ohne jedoch den Vorjahresstand zu erreichen.

Die Zahl der Beschäftigten stieg im Februar um 6.700 auf 1,803.400, im März um 47.400 auf 1,850.800. (Im Jahre 1952 war die Zahl der Beschäftigten im Februar um 23.300 auf 1,876.300 zurückgegangen und im März um 18.500 auf 1,894.800 gestiegen.) Ende März war sie um 44.000 niedriger als im März 1952.

Im Februar stieg die Beschäftigung in Industrie und Gewerbe. In der Land- und Forstwirtschaft nahm die Beschäftigung wie üblich noch ab (um 600). Die Abnahme war aber infolge der günstigen Witterung in der zweiten Februarhälfte, die einen frühen Beginn der Feldarbeiten ermöglichte, erheblich geringer als im Jahre 1952, als die Zahl der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft im Februar um 4.600 sank. Die Zahl der beschäftigten Frauen nahm im Februar 1953 in der Land- und Forstwirtschaft sogar zu (um 300). Außerdem dürfte wegen des Nachfragerückganges nach Arbeitskräften im Baugewerbe, im Fremdenverkehr und in den meisten anderen Wirtschaftszweigen heuer auch die Landflucht geringer sein<sup>2)</sup>.

Die Beschäftigung stieg im Februar in allen Bundesländern außer Oberösterreich, wo sie wegen der nur schwach anlaufenden Saison in der Bau- und der Bekleidungsbranche um 1.100 zurückging. Absolut nahm die Beschäftigung am stärksten in Wien zu (+ 2.800), relativ im Burgenland (+ 1'3%).

Die *Arbeitslosigkeit* ging im Februar um 5.200 auf 280.100 zurück (im Februar 1952 war sie noch um 17.800 auf 215.100 gestiegen). Am Rückgang hatten Land- und Forstwirtschaft, Papierindustrie, chemische Industrie und Nahrungs- und Genußmittelindustrie keinen Anteil.

Höher als im Februar 1952 war die Zahl der Arbeitslosen vor allem bei den Textilarbeitern (+ 88%), Eisen- und Metallarbeitern (+ 82%), Bergleuten (+ 63%) und Holzarbeitern (+ 57%). Vom Sonderfall der Textilkrise abgesehen ist die Arbeitslosigkeit vor allem in jenen Berufen gestiegen, die sich bis Anfang 1952 noch einer besonders guten Konjunktur erfreuten. Die Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltstahlmarkt und die verschlechterten Absatzbedingungen für Maschinen lassen es wahrscheinlich erscheinen, daß der Anteil der in den

<sup>2)</sup> Über die Verlangsamung des Rückganges der land- und forstwirtschaftlichen Beschäftigung siehe Monatsbericht Nr. 2, Jg. 1953, S. 61.



letzten Jahren „begünstigten“ Investitionsgüterbranchen an der Gesamtarbeitslosigkeit in Zukunft noch weiter wachsen wird.

Im März sank die Arbeitslosigkeit sehr rasch (von 280.100 auf 228.100). Der Rückgang um 52.000 ist bedeutend größer als der im März 1952 (24.800), aber auch höher als der in allen früheren Jahren (1951: 39.400, 1950: 39.200). Trotzdem liegt die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden noch immer um 13.000 Personen über dem Höchststand des Vorjahres (215.100 Ende Februar 1952).

Gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat war die Arbeitslosigkeit Ende Dezember noch um 96.900, Ende März nur noch um 37.800 höher. Dabei muß jedoch beachtet werden, daß im Februar 1952 der Konjunkturrückschlag und ungünstiges Bauwetter der Abnahme der Arbeitslosigkeit entgegenwirkten. Gegenüber Ende März 1951 oder März 1950 beträgt die gegenwärtige Überhöhung noch immer 66.800 bzw. 70.800 Personen.

### Vorgemerkte Stellensuchende

Monat	1953		1952		1951		1950	
	Vorgem. Arbeitsuchende	Veränderung gegen d. Vormonat	Vorgem. Arbeitsuchende	Veränderung gegen d. Vormonat	Vorgem. Arbeitsuchende	Veränderung gegen d. Vormonat	Vorgem. Arbeitsuchende	Veränderung gegen d. Vormonat
	1.000 Personen							
Jänner	285'3		197'3		220'8		189'1	
Febr.	280'1	- 5'2	215'1	+17'8	200'7	-20'1	196'4	+ 7'3
März	228'1	-52'0	190'3	-24'8	161'2	-39'5	157'2	-39'2

### Vergleich der Arbeitslosigkeit mit den Vorjahren

	Differenz 1953 gegenüber 1952	Differenz 1953 gegenüber 1951	Differenz 1953 gegenüber 1950
	1.000 Personen		
Jänner	+88'0	+64'5	+96'2
Februar	+65'0	+79'4	+83'7
März	+37'8	+66'9	+70'9

Soweit schon Zahlen für einzelne Berufe vorliegen, zeigt sich, daß vom Rückgang um 52.000 Arbeitsuchende auf Bauarbeiter 29.200 (56%), Metallarbeiter 2.800 (5%), Holzarbeiter 2.100 (4%), Textilarbeiter 1.100 (2%), gastgewerbliche Arbeiter 400 (0'8%) und Hilfsarbeiter wechselnder Art 900 (1'7%) entfallen. Die starke Abnahme im Baugewerbe dürfte außer vom besonders günstigen Wetter auch dadurch gefördert worden sein, daß infolge des vorzeitigen Wintereinbruches im Herbst ein Teil der für Bauzwecke bereitgestellten Mittel nicht mehr verbaut werden konnten und zusammen mit den laufenden Mitteln sowie mit einem Teil der im Winter freigegebenen Counterpartmittel eingesetzt werden.

Unabhängig von der witterungsbedingten Vorverlegung der Saisonspitze war im letzten Winter die Saisonbewegung noch deutlicher ausgeprägt als in früheren Jahren.

Diese Erscheinung ist zweifellos eine Folge des Konjunkturrückganges. Viele Unternehmungen sahen sich durch den ungünstigen Geschäftsgang veranlaßt, die Beschäftigung in diesem Winter länger und stärker einzuschränken als in früheren Jahren. Es ist daher zumindest verfrüht, aus dem rascheren Rückgang der saisonalen Arbeitslosigkeit auf eine konjunkturelle Besserung der Beschäftigungslage zu schließen.

Auch bei den Frauen war die Saisonbewegung stärker. Während selbst im Jahre 1951 die Zahl der stellensuchenden Frauen im März nur um 3.300 (6% der Februarziffer) zurückging, sank sie in diesem Jahr um 7.700 (10%).

### Vorgemerkte weibliche Stellensuchende

	1953	1952	1951	1950
	1.000 Personen			
Februar	80'6	62'3	59'5	47'8
März	72'9	62'8	56'2	47'3
Rückgang im März	- 7'7	+ 0'5	- 3'3	- 0'5
in % des Februarstandes	-10	+ 1	- 6	- 1

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen blieb im Februar, obwohl die Zahl der Arbeitslosen leicht abnahm, mit 244.400 nahezu unverändert. Die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld ging zwar um 6.200 zurück, die Zahl der Empfänger von Notstandshilfe stieg aber gleich stark. Obwohl die Zahl der unterstützten Arbeitslosen im März um etwa 50.000 (auf 194.800) sank, nahm die Zahl der Bezieher der Notstandshilfe noch leicht (um 2.700) zu und erreichte mit 68.800 ihren bisher höchsten Stand. Nach der langen Winterarbeitslosigkeit erlöschten bei einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen die Ansprüche auf das Arbeitslosengeld, sie werden daher zunächst rascher in die Kategorie der Notstandshilfeempfänger eingereiht, als sie durch die Frühjahrssaison wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden.

### Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu, Statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Der Güterverkehr der Bundesbahnen ist von 405'3 Mill. netto-t-km im Jänner auf 427'2 Mill. netto-t-km im Februar gestiegen, obwohl er saisonmäßig hätte sinken sollen. Dies um so mehr, als die verspätete Rübenkampagne das Frachtaufkommen im Jänner stärker als üblich erhöht hatte<sup>4)</sup>. Vor allem stiegen die Transporte von Holz, Zement, Eisen und Kunstdünger. Die Wagenstellungen je Arbeitstag (Voll- und Schmalspur) nahmen leicht zu (von 5.143

<sup>4)</sup> In der Kampagne 1952/53 wurden auf der Bahn 693.423 t Zuckerrüben entladen und 32.472 t Zucker sowie 179.270 t Naß- und Trockenschnitte verladen. 1951/52 betragen die entsprechenden Transporte 836.667 t bzw. 59.330 t und 202.753 t.

auf 5.162). Gegenüber Februar 1952 waren die Leistung in Netto-t-km um 17% und die Zahl der Wagenstellungen je Arbeitstag um 76% tiefer; besonders stark blieb die Verladung von Baustoffen (-22% je Arbeitstag), Eisen und Metallen (-18%), Papier, Zellstoff usw. (-16%) und Holz (-7%) zurück.

**Wagenstellung nach Güterarten**  
(Voll- und Schmalspur)

	Nov.	Dez.	Jänner	Februar	Februar	
					(+) gegen insges.	(-) Vormonat- Arbeitstag
Insgesamt.....	162.962	141.158	128.588	123.879	- 3'7	+ 0'3
davon						
Kohle, Koks..	21.405	21.449	22.878	21.889	- 4'3	- 0'3
Holz.....	17.723	19.561	18.854	18.945	+ 0'5	+ 4'6
Baustoffe.....	17.473	11.804	7.863	8.740	+11'2	+ 15'6
Eisen- Metalle.	9.562	9.342	8.497	8.530	+ 0'4	+ 4'4
Papier- Zellstoff.....	4.050	4.691	4.463	3.810	-14'6	- 11'2
Erze.....	5.962	6.462	6.501	6.418	- 1'3	+ 2'7
Kunstdünger..	3.248	2.441	3.139	3.502	+11'6	+ 16'8
Nahrungsmittel	9.826	8.418	8.748	7.652	-12'5	- 8'9
Stückgut.....	25.207	25.406	24.926	22.793	- 8'6	- 4'7
Sammelgut...	3.531	3.715	3.462	3.453	- 0'3	+ 4'3
Zuckerrüben..	16.412	5.415	1.064	5	-99'6	-100'0
Andere.....	28.563	22.454	18.193	18.142	- 0'3	+ 3'8

Die Wagenlage war nur bei gedeckten Wagen und langen Flachwagen für Stangenholzsendungen angespannt. Der geringe Bestand an gedeckten Wagen verzögerte vor allem den Versand von Stickstoff nach Übersee. Der gesamte monatliche Wagenbedarf konnte zu 95,1% gedeckt werden, die Umlaufzeit betrug 5,5 Tage. Die Zahl der abgestellten Schadwagen stieg von 4.165 auf 4.523 im Tagesdurchschnitt. Die durchschnittliche Bruttolast je Güterzug belief sich auf 549,2 t (Jänner 507,1 t); die Betriebsleistungen (922,9 Mill. brutto-t-km) erhöhten sich in allen Direktionsbezirken ziemlich gleichmäßig um durchschnittlich 3%.

Der *Personenverkehr* sank im Februar von 5,0 Mill. verkauften Karten auf 4,5 Mill.; der Rückgang ist jedoch ausschließlich durch den um 3 Tage bzw. 1 Tag kürzeren Monat bedingt.

Im *Schiffsverkehr* auf der Donau (DDSG und Comos) war die Frachtleistung mit 133.120 t um 26,4% höher als im Jänner. Der Verkehr von und nach Wien hat sich seit Jahresanfang merkbar belebt. Im Talverkehr entfielen im Februar 38% und im Bergverkehr 19,6% auf Wien, wobei allerdings die Hauptfracht aus Ruhrkohle ab Regensburg und aus Öl ab Wien besteht.

**Schiffsverkehr auf der Donau**  
(DDSG und Comos)

Monat	Bergfahrt		Talfahrt		Berg- u. Talfahrt insgesamt	Talfahrt davon Kohle
	Insgesamt	davon ab Wien	Insgesamt	davon nach Wien		
			in Tonnen			
1952 XII.	27.031	8.540	97.610	15.102	124.641	81.080
1953 I.	37.919	9.721	67.391	27.014	105.310	51.985
II.	40.489	7.918	92.631	35.223	133.210	85.344

**Der EUROP-Güterwagenpool**

Im internationalen Bahnverkehr ist die seit 1. Mai 1951 zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Güterwagengemeinschaft (EUROP) mit Wirkung vom 15. März 1953 auf 10 Länder<sup>1)</sup> erweitert worden. Das Übereinkommen soll eine rationellere Wagenwirtschaft im grenzüberschreitenden Verkehr ermöglichen, indem die bisher umfangreichen Leerfahrten im Rücklauf der Wagen vermieden werden. Dies wird durch einen zahlenmäßig festgelegten Güterwagenpool erreicht (die beigegebenen Wagen erhalten die Aufschrift EUROP), dessen Wagen von jedem beteiligten Land nunmehr unbeschränkt - also auch im Binnenverkehr und jedem Auslandsverkehr - eingesetzt werden können, während bisher die Fremdwagen nur in Richtung Heimatbahn verwendet werden konnten, wodurch sich vielfach Leerfahrten ergaben. Durch den Pool wird auch der Wagenumlauf beschleunigt, so daß mit dem gegebenen Wagenpark ein größeres Transportvolumen als bisher bewältigt werden kann. Da wegen der Instandhaltung der Wagen - jede Bahnverwaltung ist verpflichtet, auftretende Schäden an Poolwagen auf eigene Kosten zu reparieren - einheitliche Bautypen angestrebt werden, ist auf lange Sicht eine Vereinheitlichung des europäischen Güterwagenparkes gegeben.

Miete ist nur für jene Zahl von EUROP-Wagen zu zahlen, die den von der betreffenden Bahn eingebrachten Wagenpark überschreitet. Die Kontrolle erfolgt täglich, wobei grundsätzlich jeder die Grenze überschreitende EUROP-Wagen durch einen anderen gleicher Gattung zu kompensieren ist.

Der Wagenpool verfügt gegenwärtig über einen Bestand von 159.500 Wagen, von denen die ÖBB 4.500 beigegeben haben<sup>2)</sup>. Für Österreich führt die Beistellung der 4.500 Wagen trotz des knappen Wagenbestandes zu keinen Schwierigkeiten, da die Kompensationspflicht einen Ausgleich ermöglicht. Hingegen könnten dadurch, daß der Bedarf an Frachtraum für Importe höher ist als für Exporte, was einen ständigen Überschuß an Fremdwagen bedeutet, die Ausgaben für Wagenmiete steigen, da die Miettaxe für EUROP-Wagen höher ist als für andere Wagen. Allerdings gilt dieser höhere Satz erst ab 800 Überschußwagen; im Durchschnitt werden im österreichischen Netz 1.000 EUROP-Güterwagen ständig mietpflichtig sein, so daß nur 200 unter die höhere Gebühr fallen. Dieser Nachteil dürfte jedoch durch die unbeschränkte Verwendungsmöglichkeit dieser Fremdwagen mehr als ausgeglichen sein. Die Ungleichheit zwischen dem notwendigen Import- und Export-Frachtraum wird in Österreich eine optimale Ausnutzung der Güterwagen, wie sie vom Pool angestrebt wird, erschweren, so daß auch weiterhin der Leerwagenverkehr nach dem Ausland ziemlich hoch sein dürfte.

**Die Verwendung von ERP-Mitteln für den Fremdenverkehr**

Von 1950 bis 31. Dezember 1952 wurden für den Wiederaufbau und Ausbau der österreichischen Fremdenverkehrsbetriebe und Verkehrsanlagen (Seilbahnen

<sup>1)</sup> Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, Holland, Saarland, Schweiz, Dänemark, Luxemburg und Österreich.  
<sup>2)</sup> Deutschland und Frankreich je 50.000, Belgien 19.500, Italien 15.000, Holland 9.200, Saarland 4.100, Schweiz 4.000, Dänemark 2.000, Luxemburg 1.200.

u. ä.) 284 14 Mill. S Kredite aus ERP-Mitteln gewährt. Diese Kredite haben eine Laufzeit von 8 bis 20 Jahren und werden zu 3,5% verzinst. Sie finanzierten rund 35% der Investitionen im Fremdenverkehrsgewerbe, die sich schätzungsweise auf 800 Mill. S belaufen. Der Anteil der Eigenmittel und Bankkredite war höher als in anderen durch ERP-Kredite geförderten Wirtschaftszweigen.

Mit den ERP-Krediten wurden 823 Betriebe und 36 Verkehrsprojekte finanziert. Da vor allem jene Bauvorhaben bevorzugt wurden, die dem Ausländerfremdenverkehr dienen, wurden die westlichen Bundesländer stark bevorzugt; auf Tirol und Salzburg entfielen 53% der gesamten Kreditsumme, auf Vorarlberg und Oberösterreich 25%. Obwohl die Kriegsschäden in den östlichen Bundesländern besonders groß waren und großteils noch nicht behoben sind, mußte man sich dennoch zu einer einseitigen Verteilung der Kredite entschließen, da nach dem Kriege vor allem daran gedacht werden mußte, die Fremdenverkehrswirtschaft konkurrenzfähig zu machen, und sie als Deviseneinnahmequelle wieder zu erschließen. Der Inländerverkehr in den östlichen Bundesländern wurde durch diese Verteilung insofern nicht benachteiligt, als hier fast ausschließlich jene Betriebe gelitten haben, die einstmals dem Ausländerverkehr dienten, und heute auch dann, wenn sie wieder aufgebaut würden, nur schwach frequentiert wären.

#### Verwendung der ERP-Kredite für den Fremdenverkehr

	Insgesamt		davon	
	1.000 S	Anteil %	Hotelsektor	Verkehrsprojekte in 1.000 S
Wien.....	14.700	5'2	14.700	—
Niederösterreich.....	5.145	1'8	5.145	—
Oberösterreich.....	32.694	11'6	29.544	3.150
Salzburg.....	58.426	20'6	46.066	12.360
Tirol.....	93.387	32'8	81.722	11.665
Vorarlberg.....	38.925	13'7	35.585	3.340
Steiermark.....	16.738	5'8	13.988	2.750
Kärnten.....	19.365	6'8	19.175	190
Burgenland.....	4.755	1'7	4.755	—
Österreich insgesamt.....	284.135	100'0	250.680	33.455

Von den finanzierten Projekten mit insgesamt 27.446 Betten entfielen nur 7.690 Betten auf Neubauten, während der restliche Hotelraum nur wieder dienstbar gemacht wurde. Die relativ geringen Mittel verboten von vornherein eine überwiegende Verwendung für Neubauten, weil diese eine erheblich geringere Zahl von Betten hätten erstellen können. Durch eine Sonderaktion in Höhe von 7,5 Mill. S wurden die sanitären Anlagen verbessert.

Für Verkehrsprojekte wurden 33,5 Mill. S ERP-Kredite gegeben. Gebaut wurden 7 schwere Seilbahnen, 6 kleine Seilbahnen, 23 Seilliftanlagen; fer-

ner konnte die Alpenseeschifffahrt in 6 Fällen modernisiert werden.

Die Investitionspolitik des Handelsministeriums, des ERP-Zentralbüros und der Hoteltreuhandgesellschaft ließ sich — abgesehen von der Bevorzugung des Ausländerfremdenverkehrs — davon leiten, den Fremdenverkehr möglichst zu dezentralisieren. Dies wurde durch den Bau oder Ausbau kleinerer und mittlerer Betriebe erreicht, die zwar modern sind, aber die unpersönliche Note des Hotelbetriebes vermeiden. Diese Betriebe erscheinen auch krisenfester, da sie meist von den Familien der Eigentümer und Pächter mit einer geringen Zahl von Angestellten geführt werden. Auch die Erschließung neuer Gebiete soll weiträumig dezentralisiert erfolgen. Allerdings konnten bisher aus Mangel an Mitteln nur wenige der vielen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Von den Projekten wurden bisher nur Kühltai in Tirol realisiert; geeignete Gebiete wären z. B. noch das Komperdell-Gebiet (hochalpines Trockenklima wie Davos und Arosa), die Wattener Lizum in Tirol, die Obertauern, die Tauplitz und das Nockgebiet. Allerdings sind hier größere Investitionen erforderlich, da außer dem Bettenraum auch Straßen, Seilbahnen und Lifte gebaut werden müßten.

Die weitere Investitionspolitik hängt weitestgehend davon ab, wieweit es gelingt, die bisherigen ERP-Mittel in einen roulierenden Kapitalstock zu verwandeln. Die bisher ziemlich reibungslos erfolgenden Rückzahlungen könnten dann in den nächsten Jahren teilweise auch für den Ausbau des Inländerfremdenverkehrs stärker herangezogen werden, insbesondere zur Förderung des Sozialtourismus durch den Bau und Ausbau geeigneter Betriebe. Die Bemühungen in der Schweiz und Italien, mit staatlicher Hilfe den Fremdenverkehr weiter auszubauen, lassen eine weitere Zuspitzung der Konkurrenz, die bereits in der Saison 1951/52 für Österreich fühlbar wurde, befürchten. Die einmalige Gelegenheit, die sich durch die ERP-Kredite für die Förderung des Fremdenverkehrs geboten hat, sollte daher durch die Schaffung eines roulierenden Investitionsfonds genutzt werden.

#### Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Im Februar sank der *Ausfuhrwert* neuerlich um 0,6% auf 812 Mill. S und das Ausfuhrvolumen um 7,3% auf 115% von 1937. Das Anhalten der Ausfuhrflaute zeigt, daß der leichte Rückgang des Exportvolumens im Dezember 1952 nicht zufällig, sondern der Beginn einer anhaltenden Exportschwäche war. Der Hauptgrund dürfte in der abnehmenden Wirksamkeit des Kopplungsverfahrens liegen. Dadurch, daß

immer mehr Exportwaren zum Kopplungsverfahren zugelassen wurden, konnten die wachsenden Mengen der eingeführten Agiowaren<sup>1)</sup> immer schwerer oder nur mehr zu niedrigeren Preisen abgesetzt werden, so daß sich die Agios verringerten und die förderungswürdigen Exportwaren stark im Preise gedrückt wurden. Aber auch die Absatzchancen einiger Industrien haben sich verschlechtert, so z. B. der Maschinenindustrie (die heute ebenfalls stark auf die Kopplung angewiesen ist), deren Auftragsgänge im Export in den letzten Monaten um etwa 40% gesunken sind. Obwohl Ende März die Rückerwerbsquoten für Importe im Rahmen von Kopplungsgeschäften für einige Waren erhöht und damit die Agiomöglichkeiten etwas gebessert wurden, ist doch, ohne weitere exportfördernde Maßnahmen, kaum zu erwarten, daß das hohe Exportvolumen der Monate Oktober bis Dezember 1952 bald wieder erreicht wird. Noch schwerer werden die *wertmäßigen* Spitzenresultate des Vorjahres (zirka 1 Mrd. S im Monat) erreicht werden, da der Druck auf die Exportpreise anhält und sie zu Beginn 1953 um 15 bis 20% unter dem Durchschnitt 1952 und auch um mehrere Prozent unter dem Durchschnitt 1951 lagen. Dieser Preisdruck wirkt sich nicht nur auf jene Waren aus, die unter der Krise der Jahre 1951/1952 zu leiden hatten und deren Außenhandelswerte (S pro q der ausgeführten Menge) heute um die Hälfte oder sogar nahezu um zwei Drittel unter den Werten des 2. Halbjahres 1951 liegen (Zellulose, Rotationspapier, Garne), sondern auch auf Waren wie Eisen und Stahl, die bisher ihre Preise halten oder sogar festigen konnten.

#### Durchschnittswerte einiger Ausfuhrwaren

	1951	1952		1953
	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr	Jänner Februar
	S je q			
Bau- und Nutzholz (Nadel) .....	138'57	154'13	141'68	128'78
Zellulose .....	750'33	679'84	298'52	268'62
Zellwolle .....	2.015'06	1.893'32	1.653'01	1.659'92
Rotationspapier .....	576'25	499'66	271'72	246'41
Garne und Zwirne ..	5.306'11	5.351'01	3.940'57	2.810'59
Eisen und Stahl ....	237'94	264'66	263'53	231'88

Daß der Export im Februar gegenüber dem Vormonat sogar zurückging, was der langjährigen Saisonbewegung zuwiderläuft, ist auf eine außerordentlich hohe Aluminiumlieferung nach den Vereinigten Staaten im Jänner zurückzuführen, die mengenmäßig mehr als die Hälfte des gesamten Aluminiumexportes von 1952 betrug. Schaltet man den Aluminiumexport nach Amerika sowohl im Jänner als auch im Februar aus, so ergeben sich für die ersten beiden Monate dieses Jahres Exportwerte von 727'1 und 804'0

<sup>1)</sup> Siehe Monatsberichte Nr. 1, Jg. 1953, S. 22.

Mill. S<sup>2)</sup> statt der tatsächlichen Exportwerte von 817'4 und 812'0 Mill. S). Ohne Aluminium ist daher der Export im Februar gegenüber Jänner leicht gestiegen, so insbesondere bei Holz, Kalkammonsalpeter, Papier, Eisen und Stahl, Metallwaren, Maschinen, Zellwolle, Magnesitziegeln und Glaswaren; hingegen sank der Export von Zellulose, Magnesit und Garnen.

Die Ausfuhr nach Westeuropa erholte sich von ihrem außerordentlich niedrigen Stand im Jänner und stieg um 68 Mill. S auf 554 Mill. S, d. i. von 59'5% der Gesamtausfuhr auf 68'3%. Hingegen sank die Ausfuhr nach Osteuropa (einschließlich Jugoslawien) auf 108 Mill. S, den weitaus niedrigsten Stand seit August 1951. Die Importe aus Osteuropa sanken stark (auf 83 Mill. S), so daß der Anteil der Importe aus Osteuropa am Gesamtimport erstmalig weniger als 10% betrug.

Die *Einfuhr* stieg im Februar um 192 Mill. S (23%) auf 1.025 Mill. S; davon entfielen 41 Mill. S auf die ERP-Importe und 151 Mill. S auf die kommerzielle Einfuhr. Das Einfuhrvolumen stieg um 23% auf 90% von 1937.

Die Mehreinfuhren beruhen hauptsächlich auf einer saisonbedingten Zunahme der Getreideeinfuhr (Mais und Roggen: + 74 Mill. S<sup>3)</sup>), Lieferungen von Schmalz, tierischen und pflanzlichen Ölen und Fetten (+ 33 Mill. S) und größeren Kohleimporten (+ 36 Mill. S). Die Einfuhr anderer Rohstoffe (ohne Brennstoffe) blieb hingegen weiterhin niedrig und war um 5 Mill. S geringer als im Jänner. Die Halbfertigwareneinfuhr stieg insbesondere infolge einer Zunahme der Eisen- und Stahleinfuhr um 17 Mill. S; ferner stieg die Einfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln.

Infolge der großen Importe erhöhte sich der *Einfuhrüberschuß* von 16 Mill. S im Jänner auf 213 Mill. S im Februar.

#### Der Außenhandel nach Handelsländern und nach Erzeugungs- und Verbrauchsländern

Seit Beginn dieses Jahres erhebt das Österreichische Statistische Zentralamt die Ein- und Ausfuhr nicht nur, wie bisher, nach Handelsländern, sondern auch nach Erzeugungs- und Verbrauchsländern. Während die Aufgliederung nach Handelsländern zeigt, von welchen Ländern die Waren un-

<sup>2)</sup> Aus dem gleichen Grunde — wegen der hohen Aluminiumlieferung im Jänner — sank die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von ihrer Jänner-Rekordhöhe von 125 Mill. S auf 51 Mill. S im Februar.

<sup>3)</sup> Im Februar trat nach längerer Zeit Argentinien wieder als größerer Getreidelieferant auf. Von den Maisimporten im Werte von 122 Mill. S im Februar stammten 71 Mill. S aus den USA und 47 Mill. S aus Argentinien.

mittelbar bezogen oder an welche sie unmittelbar geliefert werden und mit welchen Ländern daher der dem Warenstrom entsprechende Zahlungsverkehr abgewickelt wird, gibt die Statistik nach Erzeugungs- und Verbrauchsländern an, woher die Ware ursprünglich kommt und wohin sie letztlich geht.

Die Aufgliederung nach Handels-, Ursprungs- und Verbrauchsländern gibt einen wichtigen Einblick in die österreichische Außenhandelsverflechtung. Eine Diskrepanz zwischen den beiden Aufgliederungen bedeutet nämlich, daß ein anderes Land als Zwischenhändler eingeschaltet ist. Das Ausmaß dieser Zwischenhändlerpositionen hat handels- wie devisenpolitisch weitreichende Folgen. Zunächst liegt die neue Einteilung nach Handels- sowie nach Erzeugungs- und Verbrauchsländern erst für zwei Monate vor und da sich die warenmäßige Struktur des Außenhandels im Laufe der Saison ändert, kann eine Darstellung auf Grund der Daten von zwei Monaten nur ein unvollkommenes Bild vermitteln, wenn auch die Grundstruktur vermutlich für das ganze Jahr zutrifft.

Aus der Gegenüberstellung der beiden Außenhandelsgliederungen ergibt sich vor allem, daß Österreich die Exportware meist an das Verbrauchsland verkauft, die Importwaren dagegen häufig von anderen als den Erzeugerländern bezieht. Der Zwischenhandel<sup>1)</sup> anderer Länder im österreichischen

<sup>1)</sup> Die Summe der Differenzen zwischen den Außenhandelswerten der einzelnen Länder gemäß der Statistik nach Handelsländern und der Statistik nach Ursprungs- und Verbrauchsländern gibt ein ungefähres Bild von dem Ausmaß der Zwischenschaltung anderer Länder. Wenn jede Ware direkt aus dem Erzeugerland bezogen wird, so wird der Einfuhrwert bei jedem Land in der Statistik nach Handelsländern wie auch in der nach Erzeugerländern der gleiche sein. Die Differenz zwischen den beiden Einfuhrwerten wird daher bei jedem Land Null sein und auch die Summe der Differenzen wird Null sein. Es besteht keine Zwischenschaltung anderer Länder. Wird hingegen z. B. eine in Australien erzeugte Ware in England gekauft, so wird der Einfuhrwert bei Australien in der Statistik nach Erzeugerländern, nicht aber nach Handelsländern aufscheinen und bei England wieder nur in der Statistik der Handelsländer und nicht in der nach Erzeugerländern. Es ergibt sich also nun eine Differenz der Einfuhrwerte (und zwar insgesamt das Zweifache des Warenwertes, da dieser einmal bei Australien und einmal bei England auftaucht) und diese Differenz wird im allgemeinen desto höher sein, je mehr die Geschäfte mittelbar statt direkt abgewickelt werden. Eine Ausnahme ergäbe sich nur dann, wenn wir die Waren des Landes A im Land B und die Waren von B in A kaufen würden. Dann wäre zwar der Bezug mittelbar, aber aus den beiden Statistiken würde sich keine Differenz ergeben, da sich die beiden Transaktionen statistisch ausgleichen würden. In der Praxis werden jedoch solche Fälle kaum anzutreffen sein und sie können daher vernachlässigt werden.

Alles hier über die Einfuhr Gesagte gilt in entsprechender Weise auch für die Ausfuhr.

Außenhandel betrug in den Monaten Jänner und Februar 1953 in der Einfuhr ungefähr 120 Mill. S und in der Ausfuhr ungefähr 40 Mill. S. Ein besonders charakteristisches Beispiel ist Australien. In den ersten zwei Monaten 1953 waren österreichische Güter im Werte von 6,2 Mill. S für Australien bestimmt; davon wurden 5,4 Mill. S direkt nach Australien ausgeführt. Von den australischen Waren im Werte von 23,5 Mill. S, die in der gleichen Zeit nach Österreich kamen, waren jedoch nur 0,4 Mill. S in Australien direkt eingekauft worden, der Rest wurde aus anderen Ländern, vorwiegend Großbritannien, bezogen.

Unter den Staaten, die in Österreichs Außenhandelsbeziehungen eine Mittlerstellung einnehmen, steht auf der Ein- wie auf der Ausfuhrseite Großbritannien bei weitem an der Spitze, was sich vor allem aus der Stellung Großbritanniens als Mittelpunkt des Commonwealth, als Mutterland eines Kolonialreiches und als Finanzzentrum des Sterlinggebietes ergibt. 12,6% der österreichischen Importe<sup>2)</sup> wurden in Großbritannien eingekauft, aber nur 7,1% der Importe stammten tatsächlich von dort; 9% der

*Einfuhr<sup>1)</sup> und Ausfuhr nach Handelsländern und nach Erzeugungs- und Verbrauchsländern*  
(Jänner und Februar 1953)

	Einfuhr nach Handelsländern	Ausfuhr	Einfuhr nach Erzeugungs- und Verbrauchsländern	Ausfuhr
	in % der gesamten Ein- bzw. Ausfuhr			
Europa .....	85,9	80,4	79,5	78,3
Westeuropa <sup>2)</sup> .....	72,7	63,8	66,3	62,1
davon:				
Großbritannien .....	12,6	9,0	7,1	7,5
Niederlande .....	2,6	4,7	1,9	4,5
Belgien-Luxemburg .....	3,8	1,4	3,5	1,4
Osteuropa <sup>3)</sup> .....	11,1	10,8	11,0	10,8
Sonstiges Europa <sup>4)</sup> .....	2,1	5,7	2,2	5,4
Amerika .....	12,4	14,2	13,2	14,6
Canada .....	0,2	0,7	0,3	0,7
USA .....	4,8	10,7	4,9	10,7
Übriges Amerika .....	7,4	2,8	8,0	3,2
davon:				
Mexiko .....	0,5	0,4	0,8	0,4
Argentinien .....	5,4	0,7	5,1	0,7
Brasilien .....	1,0	0,4	1,6	0,4
Asien .....	0,8	3,1	3,0	4,4
davon:				
Indien .....	0,3	0,3	0,8	0,5
China .....	—	0,0	0,1	0,0
Indonesien .....	0,0	0,3	0,2	0,6
Pakistan .....	0,1	0,1	0,5	0,1
Philippinen .....	—	0,0	0,2	0,0
Afrika .....	0,9	1,9	2,8	2,3
davon:				
Ägypten .....	0,5	0,6	0,7	0,6
Französisch-Marokko .....	0,3	0,3	0,5	0,3
Brit.-West.-Äquat.-Afrika .....	0,1	0,1	0,9	0,2
Südafrikanische Union .....	0,0	0,3	0,6	0,5
Australien u. Ozeanien .....	0,0	0,4	1,5	0,4
davon:				
Australien .....	0,0	0,3	1,4	0,4

<sup>1)</sup> Nur kommerzielle Einfuhr. — <sup>2)</sup> OEEC-Staaten. — <sup>3)</sup> Sowjetunion und Ostblockländer. — <sup>4)</sup> Finnland, Jugoslawien, Spanien.

<sup>2)</sup> Alle Daten beziehen sich auf Jänner/Februar 1953.

österreichischen Exporte wurden an Großbritannien verkauft, aber nur 7,5% wurden tatsächlich dort verbraucht und nicht weiterverschifft. Das heißt, daß wir weit mehr Produkte mit den britischen Besitzungen und den Sterlingländern Asiens, Afrikas und Australiens austauschen, als wir direkt von ihnen beziehen oder direkt an sie liefern.

Neben Großbritannien nehmen auf der Einfuhrseite noch die Niederlande (vor allem als Zwischenglied im Handel mit Indonesien) und Belgien einen breiteren Raum als Mittelländer ein. Bei den Überseeländern spielen Argentinien und, zu einem geringen Maß, Libanon ebenfalls eine gewisse Mittlerrolle für ihre Nachbarländer, während die meisten anderen überseeischen Länder einen Teil ihrer Waren nicht direkt in Österreich, sondern über eines der Mittelländer absetzen und zum Teil auch österreichische Waren über diese Mittelländer beziehen.

Das devisenmäßige Handelsbilanzdefizit Österreichs gegenüber Europa ist daher ständig dadurch etwas erhöht (bzw. ein eventueller Überschuß ver-

kleinert), daß europäische Staaten vor allem auf der Einfuhrseite als Außenhandelsvermittler für andere Länder auftreten, während der devisenmäßige Handelsbilanzüberschuß, der im Überseeverkehr ständig erzielt wird<sup>1)</sup>, seinen Ursprung zum Teil in dem Umstand hat, daß wir einen großen Teil der Waren aus diesen Staaten über europäische Länder einführen, hingegen häufig direkt in diese Staaten exportieren.

In der Jänner-Februarperiode ergab sich z. B. im kommerziellen Verkehr mit Westeuropa ein devisenmäßiges Handelsbilanzdefizit von 177,8 Mill. S; auf Grund des direkten Handelsverkehrs, d. h. der tatsächlich aus diesen Ländern stammenden und in diesen Ländern verbleibenden Waren, hätte sich jedoch nur ein Handelsbilanzdefizit von 100,2 Mill. S ergeben. Umgekehrt hätte sich der devisenmäßige Handelsbilanzüberschuß gegenüber Übersee im Falle des direkten Bezuges der dort erzeugten Waren und des direkten Exportes der österreichischen Waren von 82,9 Mill. S auf 10,4 Mill. S vermindert.

<sup>1)</sup> Siehe Monatsberichte Nr. 2, Jg. 1953, S. 74.

### Einfuhr<sup>1)</sup> und Ausfuhr nach Handelsländern und nach Erzeugungs- und Verbrauchsländern

(Jänner und Februar 1953)

	Einfuhr nach Handelsländern	Ausfuhr	Einfuhr nach Erzeugungs- bzw. Verbrauchsländern		Differenz zwischen Außenhandelswert nach Handelsländern und nach Erzeugungs- bzw. Verbrauchsländern <sup>2)</sup>		Einfuhr- (—) bzw. Ausfuhrüberschuß (+) nach Handelsländern bzw. Erzeugungs- bzw. Verbrauchsländern	
			Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Millionen S								
Europa.....	1.439,4	1.310,3	1.333,0	1.276,4	+106,4	+ 33,9	-129,1	- 56,6
Westeuropa <sup>3)</sup> .....	1.218,0	1.040,2	1.111,6	1.011,4	+106,4	+ 28,8	-177,8	-100,2
davon:								
Großbritannien.....	211,4	147,3	119,5	121,6	+ 91,9	+ 25,7	- 64,1	+ 2,1
Niederlande.....	43,0	76,8	32,1	73,7	+ 10,9	+ 3,1	+ 33,8	+ 41,6
Belgien-Luxemburg.....	63,0	22,7	57,9	22,6	+ 5,1	+ 0,1	- 40,3	- 35,3
Osteuropa <sup>4)</sup> .....	186,1	175,6	184,1	175,3	+ 2,0	+ 0,3	- 10,5	- 8,8
Sonstiges Europa <sup>5)</sup> .....	35,3	93,1	37,3	88,2	- 2,0	+ 4,9	+ 57,8	+ 50,9
Amerika.....	208,0	232,1	220,8	237,2	- 12,8	- 5,1	+ 24,1	+ 16,4
Canada.....	3,7	11,7	5,7	11,9	- 2,0	- 0,2	+ 8,0	+ 6,2
USA.....	81,2	175,2	82,0	173,4	- 0,8	+ 1,8	+ 94,0	+ 91,4
Übriges Amerika.....	123,1	45,2	133,1	51,9	- 10,0	- 6,7	- 77,9	- 81,2
davon:								
Mexiko.....	7,8	6,6	12,9	7,0	- 5,1	- 0,4	- 1,2	- 5,9
Argentinien.....	90,7	11,1	84,7	11,1	+ 6,0	-	- 79,6	- 73,6
Brasilien.....	17,4	6,4	26,6	6,5	- 9,2	- 0,1	- 11,0	- 20,1
Asien.....	13,2	51,0	49,8	71,5	- 36,6	- 20,5	+ 37,8	+ 21,7
davon:								
Indien.....	4,8	4,3	13,0	7,7	- 8,2	- 3,4	- 0,5	- 5,3
China.....	-	0,0	2,5	0,6	- 2,5	- 0,6	+ 0,0	- 1,9
Indonesien.....	0,2	4,7	4,0	9,2	- 3,8	- 4,5	+ 4,5	+ 5,2
Pakistan.....	1,9	1,2	9,2	1,7	- 7,3	- 0,5	- 0,7	- 7,5
Philippinen.....	-	0,0	3,5	0,0	- 3,5	-	+ 0,0	- 3,5
Afrika.....	14,4	30,3	47,4	37,7	- 33,0	- 7,4	+ 15,9	- 9,7
davon:								
Ägypten.....	8,1	9,2	11,0	9,4	- 2,9	- 0,2	+ 1,1	- 1,6
Französ. Marokko.....	4,3	4,3	7,8	4,4	- 3,5	- 0,1	-	- 3,4
Brit.-West-Äquat.-Afrika.....	1,1	1,3	15,2	3,1	- 14,1	- 1,8	+ 0,2	- 12,1
Südafrikan. Union.....	0,1	4,6	9,3	8,5	- 9,2	- 3,9	+ 4,5	- 0,8
Australien und Ozeanien.....	0,5	5,6	24,5	6,5	- 24,0	- 0,9	+ 5,1	- 18,0
davon:								
Australien.....	0,4	5,4	23,5	6,2	- 23,1	- 0,8	+ 5,0	- 17,3

<sup>1)</sup> Nur kommerzielle Einfuhr. — <sup>2)</sup> Ein + zeigt an, daß in diesem Gebiet mehr Waren gekauft oder verkauft wurden, als dort hergestellt oder verbraucht wurden; ein — zeigt an, daß ein Teil der in diesem Gebiet erzeugten oder verbrauchten Waren durch die Vermittlung anderer Länder mit Österreich ausgetauscht wurden. —

<sup>3)</sup> OEEC-Staaten. — <sup>4)</sup> Sowjetunion und Ostblockländer. — <sup>5)</sup> Finnland, Jugoslawien, Spanien.